



Richard Hilmer und Tomislav Maršić

# Einige Risse, aber kein Bruch

Einstellungen zur EU in elf Ländern

**EUROPA**

**FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG**

## EUROPA

### Europa braucht Soziale Demokratie!

Warum wollen wir eigentlich Europa? Können wir den Bürger\_innen die Chancen einer gemeinsamen sozialen Politik, einer starken Sozialen Demokratie in Europa aufzeigen? Diese Fragen verfolgt die Friedrich-Ebert-Stiftung im Thema »Politik für Europa«. Wir wollen zeigen, dass die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich-sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann. Und muss!

Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Demokratisches Europa
- Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa
- Außen- und Sicherheitspolitik in Europa

In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen: Wir setzen bei den Sorgen der Bürger\_innen an, identifizieren mit Entscheidungsträger\_innen Positionen und machen alternative Politikansätze transparent. Wir debattieren mit Ihnen über eine »Politik für Europa«!

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

[www.fes.de/de/politik-fuer-europa](http://www.fes.de/de/politik-fuer-europa)

### Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- Politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- Internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

### Über die Autoren

**RICHARD HILMER** ist Diplom-Soziologe und begann seine berufliche Laufbahn 1982 als wissenschaftlicher Projektleiter bei Infratest in München, baute als Geschäftsführer für Infratest in Berlin ab 1992 die Forschung in den neuen Bundesländern auf, mit Schwerpunkt auf die Politikforschung, und leitete das Institut (seit 1997 Infratest dimap) bis Mai 2015 als alleiniger Geschäftsführer. Im Juni 2015 gründete er gemeinsam mit Rita Müller-Hilmer *policy matters*, spezialisiert auf strategische Politikforschung und Politikberatung.

**DR. TOMISLAV MARŠIĆ** ist Politik- und Medienwissenschaftler und war zunächst als Politikberater für die Stiftung Wissenschaft und Politik tätig, insbesondere zu den Themen der europäischen Institutionen und der EU-Erweiterung nach Mittel- und Südosteuropa. Seit seiner Promotion an der Universität Oxford ist er an der Schnittstelle zwischen empirischer Sozialwissenschaft und Politikberatung aktiv, zunächst als Evaluator und Konsultant im öffentlichen Sektor und seit November 2018 als Projektleiter bei *policy matters*.

Richard Hilmer und Tomislav Maršić

# Einige Risse, aber kein Bruch

	<b>ZUSAMMENFASSUNG</b> .....	<b>2</b>
<b>1</b>	<b>VORBEMERKUNG</b> .....	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>DIE GRUNDHALTUNG ZUR EU</b> .....	<b>4</b>
2.1	Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes .....	4
2.2	Stärkung oder Schwächung .....	5
2.3	Mehr oder weniger Zusammenarbeit .....	6
2.4	Assoziationen mit der EU .....	7
<b>3</b>	<b>DIE GESTALT DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION</b> .....	<b>10</b>
3.1	Wichtigste Aufgaben der EU .....	10
3.2	Arbeitnehmerfreizügigkeit, Recht auf Sozialleistungen und Transferunion ...	13
3.3	Entwicklungsfelder europäischer Integration .....	15
<b>4</b>	<b>NATIONALE ODER EUROPÄISCHE ZUSTÄNDIGKEIT?</b> ...	<b>19</b>
4.1	Regelung von Aufgaben auf nationaler oder auf europäischer Ebene .....	19
4.2	Durchsetzung europäischer Regeln .....	22
<b>5</b>	<b>BI- UND MULTILATERALE BEZIEHUNGEN</b> .....	<b>25</b>
5.1	Zustimmung zur EU-Erweiterung .....	25
5.2	Vertrauen in Mitgliedsländer .....	26
<b>6</b>	<b>DIE POLITISCHE STIMMUNG VOR DER EUROPAWAHL</b> .....	<b>29</b>
6.1	Bedeutung der Europawahl .....	29
6.2	Vertretung in der EU .....	30
6.3	Rechtspopulistische Parteien in Europa .....	31
<b>7</b>	<b>FAZIT</b> .....	<b>33</b>
	<b>ANLAGE DER STUDIE</b> .....	<b>35</b>

## ZUSAMMENFASSUNG

- **Die EU wird insgesamt positiver beurteilt als 2015, aber kritischere Bewertung in Frankreich und Italien:** In den meisten der elf Länder, in denen die Studie durchgeführt wurde, wird die EU seit 2015 positiver bewertet (von durchschnittlich 29 % auf 46 %). Es gibt aber prominente Ausnahmen: In Frankreich und Tschechien überwiegt die Gruppe derjenigen, die in der EU mehr Nachteile als Vorteile sehen (38 % bzw. 34 %). In Italien sind beide Gruppen ähnlich groß (31 % negative vs. 36 % positive Einschätzung). Die Bevölkerung lehnt europäische Kooperation aber nicht grundsätzlich ab. Fast überall, auch in Frankreich und Italien, wünschen sich die Menschen mehr Zusammenarbeit in Europa (im Durchschnitt 70 %). Auch haben die Menschen überwiegend positive Assoziationen mit der EU, besonders in den Bereichen Frieden, Demokratie und Sicherheit (durchschnittlich 67–72 % positive Assoziationen). In Deutschland, besonders aber in Frankreich und Italien, glauben jedoch immer mehr Menschen, dass die EU zu sinkendem Wohlstand führt (48–58 %).
- **Als wichtigste Aufgaben der EU sehen die Menschen aktuell klassische »law-and-order-Themen«, wirtschafts- oder sozialpolitische Themen werden hauptsächlich in Südeuropa als wichtig bewertet:** Es herrscht fast europaweite Einigkeit darüber, dass die wichtigsten Aufgaben der EU aktuell Friedenssicherung, Terrorabwehr und die Eindämmung illegaler Migration sind. In Südeuropa ist es außerdem die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit. Der Abbau sozialer Ungleichheit wird auf europäischer Ebene ebenfalls als relativ wichtige Aufgabe gesehen (Rang fünf). Folglich sind ein gemeinsamer Grenzschutz und ein gemeinsamer Geheimdienst die wichtigsten Felder, bei denen die Menschen sich mehr europäische Kooperation wünschen (beides 87 % Zustimmung).
- **Soziale Sicherungssysteme sollen weiterhin auf nationaler Ebene geregelt werden, auf europäischer Ebene sollen vor allem Schutz der Außengrenzen, Besteuerung, Handelsfragen, Datenschutz geregelt werden:** Es gibt einen nahezu europaweiten Konsens, dass der Schutz der Außengrenzen (76 %), Besteuerung internationaler Unternehmen (71 %), Handelsfragen (69 %) und Datenschutz (68 %) am besten auf europäischer Ebene geregelt werden sollten. Soziale Sicherungssysteme sollten hingegen besser auf der nationalen Ebene bleiben (auf nationaler Ebene regeln: Haushalt 67 %, Arbeitslosengeld 63 %, Rente 62 %).
- **Spaltung der EU bei wirtschafts- und sozialpolitischen Themen:** Die süd- und mittelosteuropäischen Länder begrüßen mehrheitlich universelle Sozialleistungen für alle EU-Bürger, einen EU-Haushaltsfonds, eine Wachstumsoffensive und die Arbeitnehmerfreizügigkeit; insbesondere die Niederlande, Frankreich, Deutschland und Schweden sind hier jedoch eher ablehnend. Sozialpolitische Vorschläge finden nur eine breite Mehrheit, wenn es um soziale Mindeststandards geht.
- **Die Bevölkerung in Polen und Ungarn wünscht sich, dass die EU rechtsstaatliche Regeln in ihren Ländern durchsetzt:** Europäische Regeln, sowohl für Rechtsstaatlichkeit als auch für Wirtschaftspolitik (z. B. gegen zu niedrige Unternehmenssteuern oder zu hohe Exportüberschüsse), sollen nach der Mehrheit der Bevölkerung in allen befragten Ländern von der EU durchgesetzt werden (durchschnittlich 66–84 % Zustimmung). Auch eine Mehrheit in den mittelosteuropäischen Ländern spricht sich dafür aus (in Polen fordern 71–73 % die Durchsetzung der Regeln für Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit, in Ungarn jeweils 78 %).
- **Keine Mehrheit für Türkeibeitritt:** Beim Thema EU-Erweiterung sind die Menschen gespalten. Für die Aufnahme der Staaten des Westbalkans findet sich in den mittelosteuropäischen Ländern eher eine Mehrheit als in Westeuropa. Eine Mehrheit für den Beitritt der Türkei gibt es nur in Rumänien (insgesamt jedoch 70 % Ablehnung).
- **Großes Vertrauen in Deutschland und Frankreich:** Das größte Vertrauen haben die Menschen in den elf Ländern in Deutschland (68 %) und Frankreich (62 %), deutlich weniger Vertrauen wird Polen (39 %) und Italien (42 %) entgegengebracht.
- **Wählerpotenzial für Rechtspopulisten in Deutschland, Italien, Frankreich aktuell bei ca. 40 Prozent:** Das größte Vertrauen, ihr Land im europäischen Parlament zu vertreten, haben die Menschen trotz Verlusten nach wie vor in die EVP (17 %), gefolgt von der S&D (13 %), ebenfalls mit Verlusten. Die Rechtspopulisten können dafür mit Gewinnen rechnen. Ihr Potenzial beträgt mittlerweile in Italien, Frankreich und Deutschland ca. 40 %; in anderen Ländern ist es etwas geringer.

# 1

## VORBEMERKUNG

Die Entwicklung der europäischen Integration ist in den letzten drei Jahrzehnten seit dem Fall des Eisernen Vorhangs von weitreichenden politischen Weichenstellungen, aber auch starken Verwerfungen geprägt. Mit der Entscheidung, 13 neue mittel- und südosteuropäische Länder in die Union aufzunehmen, haben sich der Charakter der EU, aber auch die Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse grundlegend verändert. Mit der notwendig gewordenen Reform der EU-Verträge durch den Vertrag von Lissabon wurde die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres intensiviert, nationale Parlamente stärker beteiligt und zugleich die Rechtsverbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta festgelegt. Dieser Versuch der Stärkung der europäischen Institutionen wurde jedoch durch einschneidende weltpolitische Ereignisse konterkariert. Die Wirtschafts- und Währungskrise konfrontierte alle Mitgliedsstaaten mit wirtschaftlichen Einbußen und mit einer Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Manche Staaten, wie etwa Deutschland, kamen gestärkt aus der Krise hervor, anderen Staaten hatten mit anhaltenden wirtschaftlichen Problemen und sozialen Verwerfungen zu kämpfen. Diese mündeten auch in tiefgreifende politische Umwälzungen, wie etwa in Italien und Frankreich, wo rechtspopulistische Parteien deutliche Stimmenzuwächse verzeichneten. Die Flüchtlingskrise des Jahres 2015 stellte die Europäische Gemeinschaft vor zusätzliche Herausforderungen und führte auch in den wirtschaftlich stabilen Ländern wie Deutschland und Schweden zu einer Polarisierung der politischen Auseinandersetzung, von der in erster Linie rechtsgerichtete Parteien profitierten.

Dies ist der politische Hintergrund, vor dem die beiden Vorgängerstudien der Jahre 2015 und 2017 verfasst worden sind. Angesichts der Komplikationen um die angesprochene Flüchtlingswelle, des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU und der weiterhin starken Position rechtspopulistischer Parteien in vielen EU-Mitgliedsländern lag es nahe, diese Studie ein weiteres Mal zu wiederholen. Dabei gibt es, aufbauend auf den beiden vorangegangenen Wellen, in der vorliegenden dritten Fassung einige Unterschiede. Zunächst wurde der Kreis der untersuchten Länder von acht<sup>1</sup> durch Polen, Ungarn und Rumänien auf elf erhöht, um der gestiegenen Bedeutung mittel- und südosteuropäischer Länder Rechnung zu tragen. Zudem ist die aktuelle Befragung im Unterschied zu den vorangegangenen Befragungen nicht als Telefonerhebung, sondern als Onlinebefragung angelegt.

Mit der Ausweitung der Erhebungsländer und dem Methodenwechsel geht eine gewisse Einschränkung der Vergleichbarkeit der Ergebnisse einher. Zeitvergleiche beziehen sich – soweit vorhanden – immer auf die EU-8 der letzten beiden Untersuchungen. Bei einigen Fragen wurde auf die eher problematische Ausweichkategorie »weiß nicht« im Gegensatz zu den Vorgängerstudien verzichtet. Da auch dadurch die Vergleichbarkeit eingeschränkt ist, sind Zeitvergleiche nur als Tendenzaussagen möglich.

---

<sup>1</sup> Hier handelte es sich um die vier Gründungsstaaten Deutschland, Frankreich, Italien und die Niederlande sowie die später beigetretenen Länder Spanien, Schweden, Tschechien und die Slowakei.

# 2

## DIE GRUNDHALTUNG ZUR EU

### 2.1 VOR- UND NACHTEILE DER EU-MITGLIEDSCHAFT DES EIGENEN LANDES

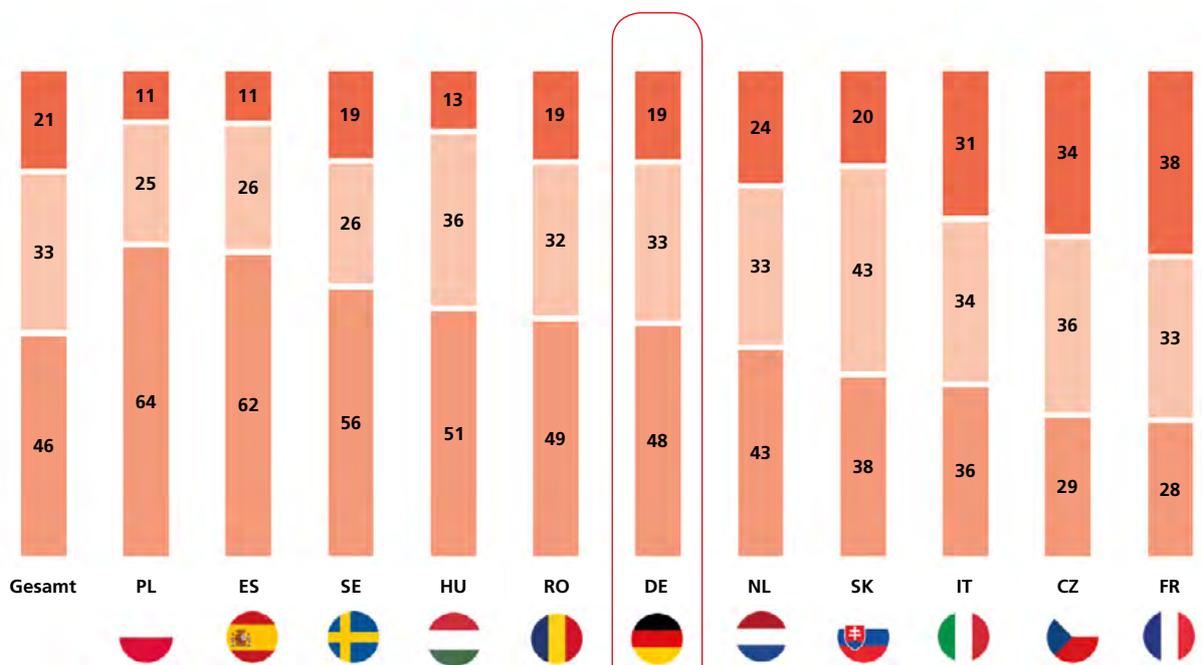
In Hinblick auf die möglichen Vorteile und Nachteile der Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union gelangen die Bürger\_innen in den elf Mitgliedstaaten zu einem positiven Fazit. 46 Prozent sind länderübergreifend der Überzeugung, dass die Vorteile überwiegen, nur 21 Prozent betrachten die Mitgliedschaft eher als nachteilig. Aus Sicht eines Drittels halten sich Vor- und Nachteile in etwa die Waage. Die Mehrheit der wahlberechtigten Bürger\_innen in diesen elf Staaten geht also mit einer positiven Grundhaltung gegenüber der EU in die anstehende Europawahl.

Das sah noch im Herbst des Jahres 2015 ganz anders aus. Damals war das Bild der EU noch geprägt von der Eurokrise und vom Flüchtlingsstrom über den Balkan, was eine der

EU-Mitgliedschaft gegenüber entsprechend negative Stimmung zur Folge hatte. Im Frühjahr 2017, etwa ein Jahr nach der Entscheidung der Briten, die EU zu verlassen, ergab sich im Rahmen der zweiten Befragungswelle ein vollständig verändertes Bild: Die EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes wurde deutlich positiver bewertet. Der Anteil derer, die in der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes eher Vorteile sehen, erhöhte sich über alle Länder gesehen von 29 auf 47 Prozent. Nachteile wurden nur noch von 23 Prozent der befragten Personen befürchtet. Ganz offensichtlich hatte die langsam abnehmende Virulenz der Flüchtlingsproblematik und die Brexit-Entscheidung eine Rückbesinnung auf die Vorzüge des europäischen Staatenbundes zur Folge, angefacht zudem von den Initiativen des neu gewählten französischen Präsidenten Macron zur Stärkung der europäischen Integration. Der Teufel liegt allerdings im Detail, denn in einigen Ländern hat sich der Befund eher zum Negativen gewandelt.

Abbildung 1  
**Vorteile/Nachteile der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes**

Frage: Wenn Sie an die Mitgliedschaft Ihres Landes in der EU denken, überwiegen aus Ihrer Sicht die Vorteile, die Nachteile oder halten sich Vor- und Nachteile die Waage?



Angaben in Prozent; Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

■ Vorteile überwiegen    
 ■ Vor- und Nachteile gleichen sich aus    
 ■ Nachteile überwiegen

In vier Ländern – Polen, Spanien, Schweden und Ungarn – hält eine absolute Mehrheit der Befragten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für besonders vorteilhaft. Dies mag insbesondere mit Blick auf Ungarn überraschen, wo die europakritische Fidesz-Partei in aktuellen Umfragen um die 50 Prozent erreicht und selbst die rechtsextreme Partei Jobbik noch mit knapp 15 Prozent der Stimmen rechnen kann. Aber ungeachtet aller Kritik der Fidesz an Brüssel gilt die Mitgliedschaft Ungarns in der EU auch in ihrer Anhängerschaft eher als Vorteil. Ähnliches gilt für Polen, wo die national-konservative Regierungspartei PiS, die bei über 40 Prozent liegt, sich immer wieder kritisch gegenüber Brüssel positioniert, ohne allerdings die EU-Mitgliedschaft ernsthaft in Frage zu stellen. Damit würde sie sich auch im Widerspruch zur Haltung ihrer Anhängerschaft begeben, deren relative Mehrheit die EU als vorteilhaft für das eigene Land begreift. Deutschland nimmt mit einem Anteil von 48 Prozent, für den die Vorteile der EU-Mitgliedschaft überwiegen, eine Mittelposition ein.

Während insgesamt die Bürger\_innen in neun Ländern in der EU-Mitgliedschaft ihres Landes eher Vorteile wahrnehmen, sehen relative Mehrheiten in Tschechien und Frankreich darin eher Nachteile. In Tschechien war dies bereits 2015 der Fall, bei den Franzosen hingegen hat sich das EU-Bild innerhalb von drei Jahren deutlich verdunkelt. Bereits 2015 zeichneten sich die Franzosen durch eine recht kritische Grundhaltung zur EU aus, die sich aber nach dem Regierungswechsel 2017 deutlich aufhellte. Damals lagen die Franzosen noch im Mittelfeld der acht untersuchten Länder, heute kommen die Franzosen bei 28 Prozent positiven und 38 Prozent negativen Voten zur kritischsten Kosten-Nutzen-

Bilanz aller elf Länder. Dass die Franzosen heute mehr Nachteile als Vorteile in der EU-Mitgliedschaft ihres Landes sehen, könnte sich als gewisse Belastung für den gerade im Zuge des Brexits wieder wichtiger werdenden deutsch-französischen EU-Motor herausstellen. Belastend kommt hinzu, dass sich in dem früher traditionell EU-freundlichen Italien heute Optimisten und Skeptiker nahezu die Waage halten. Auch in Deutschland und der Slowakei hat sich die Bilanz gegenüber 2017 deutlich verschlechtert, in beiden Ländern sehen aber nach wie vor deutlich mehr Bürger\_innen Vor- als Nachteile in einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

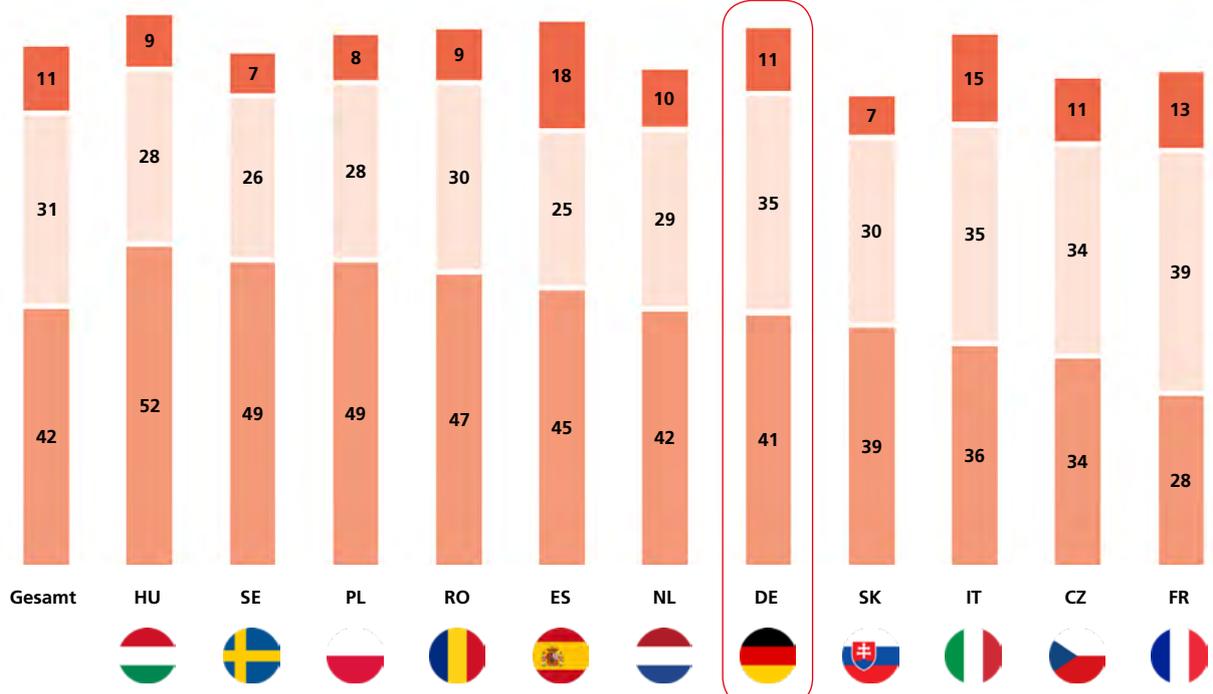
In Deutschland wie in Frankreich ist die gegenüber 2017 verschlechterte Bilanz in erster Linie darauf zurückzuführen, dass Bürger\_innen, die sich eher den unterprivilegierten Schichten zugehörig fühlen, der EU gegenüber ausgesprochen skeptisch gegenüberstehen. Dies war 2017 noch ganz anders, damals setzten gerade Angehörige der Unterschicht im Vergleich zu 2015 wieder mehr Hoffnung in die EU als noch 2015. Von diesem Hoffnungsschub ist nicht viel übrig geblieben. Sowohl in Deutschland wie in Frankreich stieg der Anteil derer, die mehr Nach- als Vorteile in der EU-Mitgliedschaft ihres Landes sehen, in dieser Gruppe stark überdurchschnittlich.

## 2.2 STÄRKUNG ODER SCHWÄCHUNG

Nach Jahrzehnten eines kontinuierlichen Anstiegs der Mitgliederzahl wird erstmals ein EU-Mitglied aus der Union austreten. Der Austritt des Vereinigten Königreiches be-

Abbildung 2  
Wird die EU durch den Brexit gestärkt oder geschwächt?

Frage: Wird die EU durch den Austritt Großbritanniens eher geschwächt, gestärkt oder wird der Austritt keine nennenswerten Auswirkungen haben?



Angaben in Prozent; fehlende Werte zu 100 Prozent: »weiß nicht/keine Angabe«.

■ geschwächt     
 ■ wird keine Auswirkungen haben     
 ■ gestärkt

deutet einen großen Einschnitt für die EU, ihre Mitgliedsstaaten und das gemeinsame Budget. Großbritannien ist der drittgrößte Nettozahler der EU und die zweitgrößte Volkswirtschaft in Europa. Sicherheitspolitisch verliert die EU ein Mitglied, das einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat, und ein Militär, das über die Atombombe verfügt.

Im Mai 2017, also etwa ein Jahr nach der Entscheidung der Brit\_innen, die EU zu verlassen, reagierten die Bürger\_innen aus den damals acht befragten Ländern bemerkenswert gelassen auf die Austrittsankündigung. Zwar sahen vier von zehn Befragten in dem Ausstieg der Briten eine Schwächung der EU, aber jede zweite Person schätzte die Auswirkungen als eher gering ein (34 Prozent) oder erhoffte sich sogar eine Stärkung der EU (16 Prozent). Jede zehnte Person vermochte dies nicht zu beurteilen.

Im November 2018, als sich die Austrittsverhandlungen auf der Zielgeraden befanden, die Aussichten über Zeitpunkt und Form des Brexits zugleich jedoch offener denn je waren, hat sich dieses Gesamtbild in einigen wichtigen Nuancen verändert. Die zunehmende Ratlosigkeit, die angesichts der Uneinigkeit mit Blick auf die Gestalt des Brexits in Großbritannien selbst zu beobachten ist, schlägt sich mit 18 Prozent (+8 Prozentpunkten gegenüber 2017) in einem höheren Anteil jener nieder, die keine Antwort auf die Frage nach Stärkung oder Schwächung der EU durch den Brexit geben können. Gleichzeitig glauben in der Gesamtschätzung der hier verglichenen acht Länder mit zwölf Prozent vier Prozentpunkte weniger als noch vor eineinhalb

Jahren, dass der Brexit die EU stärken wird. Nimmt man allerdings diejenigen hinzu, die keinerlei nennenswerte Auswirkungen erwarten (32 Prozent), fällt die Reaktion über die acht Länder mit 44 Prozent insgesamt nach wie vor verhalten zuversichtlich aus.<sup>2</sup>

Wie im Jahr 2017 sind es immer noch die Spanier\_innen (18 Prozent) und Italiener\_innen (15 Prozent), die den Austritt der Briten eher als Stärkung begreifen, auch wenn diese Sichtweise in beiden Ländern etwas an Boden verloren hat. Am deutlichsten ist der Rückgang dieser eher optimistischen Perspektive in Schweden (2018: 7 Prozent) und in Frankreich (2018: 13 Prozent), wo dieses Lager acht bzw. sechs Prozentpunkte einbüßt. Interessanterweise haben EU-Mitglieder mit relevanten euroskeptischen Gruppen wie Tschechien, Frankreich und Italien die geringsten Befürchtungen, dass das Verlassen der EU durch die Briten negative Konsequenzen nach sich ziehen wird.

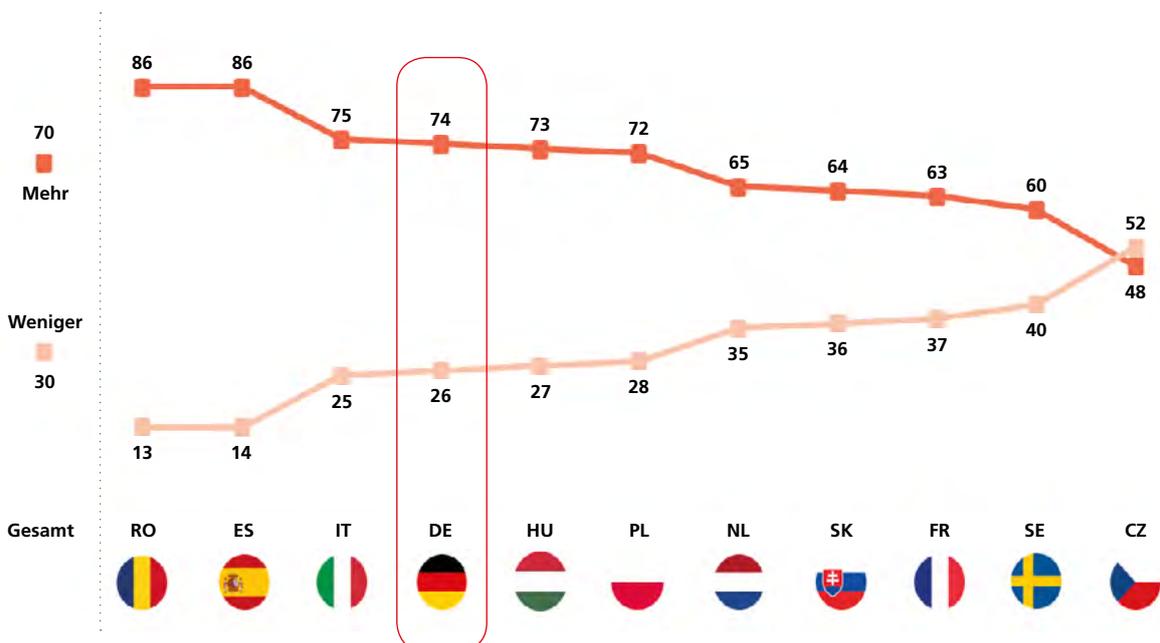
### 2.3 MEHR ODER WENIGER ZUSAMMENARBEIT

Mit dem Brexit verliert die EU auch ein Mitglied, das durch seine »special relationship« zu den USA eine traditionelle Westorientierung hat und zudem eine der ältesten Demokratien der Welt ist. Gleichzeitig verlässt aber auch ein Mit-

<sup>2</sup> Dies gilt auch für die Gesamtheit der elf erfassten Länder, wo insgesamt 42 Prozent keine Schwächung der EU erwarten.

Abbildung 3  
Mehr oder weniger gemeinsame Politik

Frage: Sollten die europäischen Länder in den nächsten Jahren ihre Zusammenarbeit verstärken oder sollten sie wieder stärker eigenständig handeln?



Angaben in Prozent; Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

gliedsstaat die EU, der nicht immer ein einfacher Partner war und im Gegensatz zu den meisten Kontinentalstaaten eine tiefere Integration stets abgelehnt hat. Somit mehren sich die Stimmen, die den Austritt des Vereinigten Königreichs als Chance für eine Vertiefung der Zusammenarbeit ansehen, die bisher durch dieses Land blockiert werden konnte. Eine dieser Stimmen ist jene des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der im September 2017 in einer Rede an der Sorbonne eine weitreichende »Initiative für Europa« vorschlug, die neben institutioneller Integration in den Bereichen Verteidigung, Inneres und Wirtschaft auch eine Stärkung des gemeinsamen Haushalts beinhaltet.

Dass Macron mit diesen Vorschlägen nicht allein ist, zeigt das klare Votum für mehr Zusammenarbeit der europäischen Länder. Die Befragten in zehn von elf Staaten unterstützen eine verstärkte Kooperation mit großen Mehrheiten zwischen 60 und 86 Prozent. Besonders stark ausgeprägt ist das Bestreben dazu in Rumänien, Spanien (beide 86 Prozent), Italien (75 Prozent) und Deutschland (74 Prozent). Dass die semi-autoritären Regierungen Polens und Ungarns bei dem Wunsch, ihre Länder von gemeinsamen demokratischen Standards zu entfernen, ihre Bevölkerungen nicht mit an Bord haben, wird dadurch deutlich, dass in beiden Ländern knappe drei Viertel ein Mehr an Zusammenarbeit unterstützen. Selbst in Schweden als Land mit einer traditionellen Distanz zur vertieften europäischen Integration sprechen sich immer noch 60 Prozent für eine Ausweitung des gemeinsamen Handelns aus. Einzig in Tschechien ist wie schon im Jahr 2017 das Echo vergleichsweise zurückhaltend. Dort gibt es mit 52 Prozent sogar eine knappe Mehrheit für weniger Kooperation innerhalb der EU.

Im zeitlichen Vergleich zur zweiten Untersuchungswelle stechen insbesondere die Niederlande heraus, wo sich heute 65 Prozent (12 Prozentpunkte mehr als 2017) ein enger zusammenrückendes Europa wünschen. Auch in Schweden (+7) und in Italien (+6) ist die Bereitschaft zu einer intensiveren Zusammenarbeit gestiegen. Auf der anderen Seite

steht u. a. die Slowakei, wo sich 64 Prozent der Befragten immer noch eine Ausweitung der Zusammenarbeit wünschen, aber mit einem Minus von zehn Prozentpunkten. Auch in Deutschland hat die Bereitschaft zur Kooperation um neun Prozentpunkte abgenommen. Während Anhänger\_innen von SPD, Union, Linken, Grünen und FDP in jeweils großer Mehrheit mehr gemeinsames Handeln der EU-Mitglieder befürworten, sind die AfD-Sympathisant\_innen nach wie vor die einzige Untergruppe, die sich mehrheitlich für weniger Gemeinsamkeit ausspricht.

Insgesamt bleibt aber festzuhalten: Schon im Mai 2017, ein Jahr nach dem Brexit-Entschluss, war gegenüber dem Jahr 2015 eine größere Bereitschaft zu einer vertieften Zusammenarbeit zu verzeichnen, und diese Bereitschaft ist – ungeachtet der zuletzt deutlich gestiegenen Turbulenzen und Differenzen zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten – innerhalb der acht-Länder-Kontrollgruppe stabil geblieben.

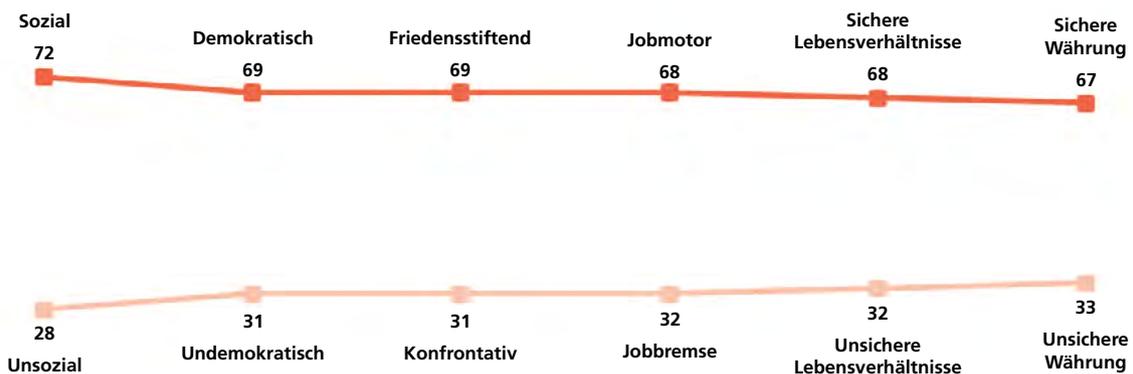
Ins Auge fällt dabei im Falle Frankreichs und Italiens, dass hier klare Mehrheiten mehr Zusammenarbeit wünschen, zugleich jedoch auch große Gruppen mehr Nach- als Vorteile in der EU-Mitgliedschaft sehen. Dies deutet darauf hin, dass die Befragten durchaus zwischen ihrer augenblicklichen Situation und den möglichen Früchten zukünftiger Kooperation differenzieren. Der vermeintliche Widerspruch kann somit als Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Position des eigenen Landes gelesen werden, die sich jedoch durch eine verstärkte Kooperation auflösen lassen kann.

## 2.4 ASSOZIATIONEN MIT DER EU

Die über alle elf Länder betrachtete, ausgesprochen positive Grundhaltung gegenüber der EU wird in einem weiteren Befund deutlich. Um zu erfahren, was genau die Bürger\_innen mit der EU verbinden, wurden den Befragten – wie in den beiden Erhebungswellen zuvor – zwölf gegensätzliche Begriffspaare mit der Bitte vorgelegt, anzugeben, welcher der beiden Begriffe aus ihrer Sicht eher für die Europäische

Abbildung 4  
Assoziationen zur EU I

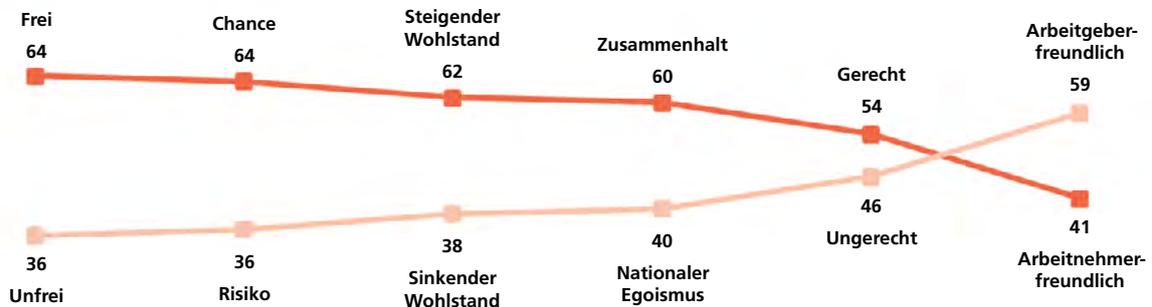
Frage: Welche der folgenden Begriffe assoziieren Sie eher mit der EU?



Angaben in Prozent; Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Abbildung 5  
Assoziationen zur EU II

Frage: Welche der folgenden Begriffe assoziieren Sie eher mit der EU?



Angaben in Prozent; Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Union zutrifft. Das Ergebnis bestätigt ein zentrales Ergebnis des Jahres 2017: Das Image der Union hat sich gegenüber 2015 deutlich verbessert und ist nach wie vor ausgesprochen positiv.

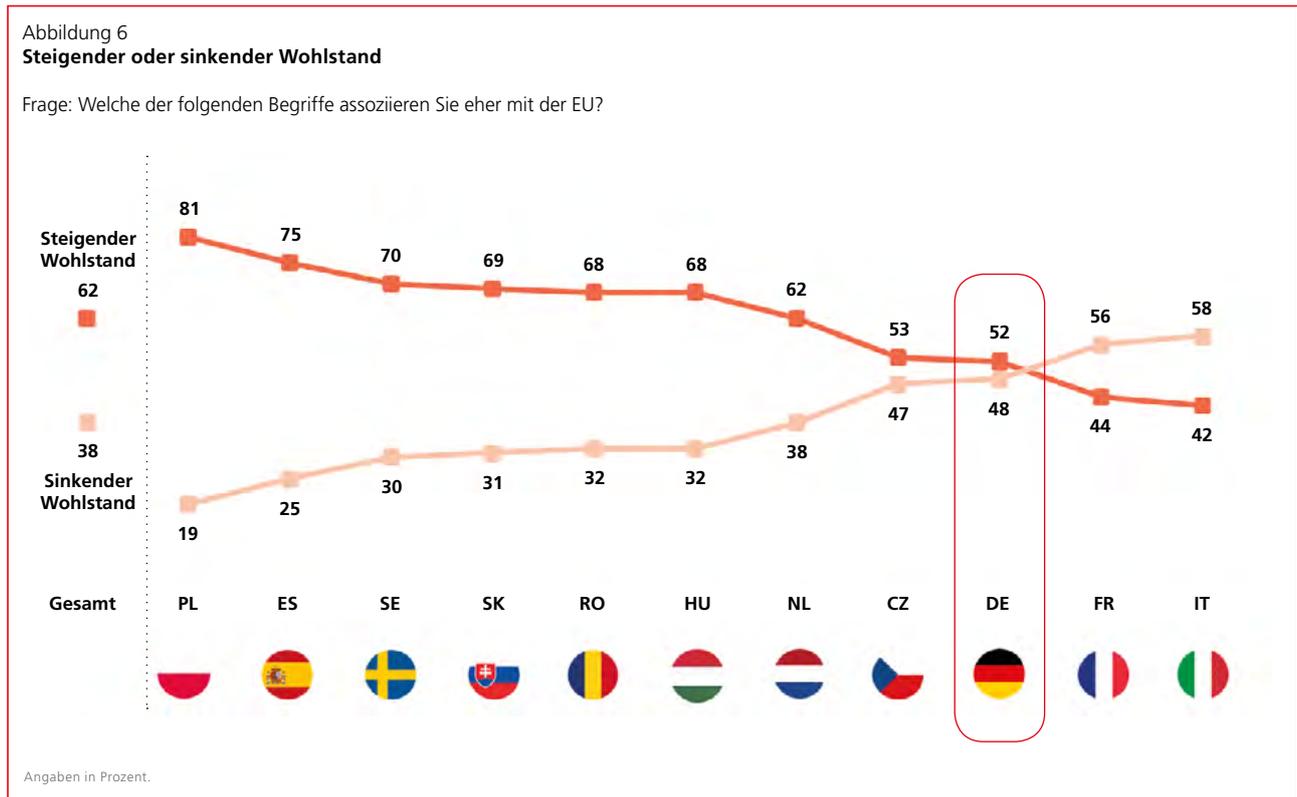
Hervorzuheben ist dabei, dass die EU nach Ansicht von rund zwei Dritteln der Bürger\_innen ungebrochen für drei der wichtigsten Ziele ihrer Gründungsväter steht: Für Frieden, für Freiheit und für Demokratie – eine angesichts der inneren Spannungen innerhalb der Union und des turbulenten Umfelds eminent wichtige Legitimationsgrundlage. Auch in ökonomischer Hinsicht genießt die EU wieder das Vertrauen einer Mehrheit ihrer Bürger\_innen, das im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise arg beschädigt worden war. Eine deutliche Mehrheit sieht in der EU einen Jobmotor und keine Jobbremse, bestätigt durch die in den meisten Mitgliedsstaaten zuletzt gesunkene Arbeitslosigkeit. Nicht zuletzt deshalb wird die Union heute (wieder) mit einem weiteren Grundversprechen der Gemeinschaft verbunden: Sechs von zehn assoziieren mit dem Staatenbund einen Anstieg des wirtschaftlichen Wohlstands. 2015 war die ökonomische Grundstimmung noch eine völlig andere, denn seinerzeit sah nur noch ein Drittel das Wohlstandsversprechen als erfüllt an, für sechs von zehn stand die EU für sinkenden Wohlstand. Zur Stärkung der Gemeinschaft dürfte zudem die Konsolidierung des Euros beigetragen haben, die auch im Bewusstsein der Bevölkerung ihren Niederschlag findet: Wiederum zwei von drei Befragten verbinden mit der EU eine sichere Währung. Auch in punkto Sicherheit steht die Union gut da, denn die große Mehrheit sieht mit ihr sichere Lebensverhältnisse gewährleistet. Der Blick in die Zukunft fällt ebenfalls ausgesprochen positiv aus, wird doch die EU weit eher als Chance denn als Risiko für die Mitgliedsländer erfahren.

Das positive öffentliche Bild wird abgerundet durch die Ansicht, die EU stünde weit eher für Zusammenhalt als für nationale Egoismen – angesichts der sich in letzter Zeit häufenden Spannungen zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten

und Kommission bzw. von Mitgliedsstaaten untereinander mag diese Einschätzung überraschen. Beim Brexit, der die öffentliche Diskussion zuletzt dominierte, legte die Gemeinschaft allerdings eine bemerkenswerte Einigkeit an den Tag.

Ambivalent fällt die Wahrnehmung der EU einzig in Hinblick auf soziale Erwartungen aus. Zwar gilt die Union – sogar noch vor allen anderen erhobenen Eigenschaften – als soziale Institution, strittig ist aber, ob sie auch für Gerechtigkeit steht: Über alle erfassten elf Länder bejahen dies 54 Prozent, aber fast ebenso viele (46 Prozent) verbinden mit ihr eher Ungerechtigkeit. Dazu passt ein weiterer Befund: Wenn es um den Ausgleich divergierender Interessen von Arbeitnehmer\_innen und Arbeitgeber\_innen geht, sieht eine Mehrheit die EU eher auf Seiten der Wirtschaft.

In einer ganzen Reihe von Aspekten ist die Sichtweise auf die EU länderübergreifend weitgehend konsistent. Die EU gilt (fast) überall mehrheitlich als sozial, demokratisch, friedensstiftend, sicher und frei. Einzig die traditionell der EU gegenüber etwas reservierte tschechische Bevölkerung neigt in einzelnen Punkten zu einer skeptischeren Sichtweise. Auf einigen Feldern sind aber signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern zu konstatieren. Ein in zweifacher Hinsicht ausgesprochen positives Image genießt die EU bemerkenswerterweise ausgerechnet in den Ländern, mit deren Regierungen die Kommission aus unterschiedlichen Gründen einige Konflikte austrägt. In Polen, Ungarn und Rumänien wird die EU ausgeprägter als anderswo als Jobmotor und als Grundlage für wirtschaftlichen Wohlstand angesehen und – wohl nicht zuletzt deshalb – stärker mit Gerechtigkeit verbunden als in anderen Ländern. Im Gegensatz zu den acht anderen Ländern wird die Union in diesen drei Staaten sogar eher als arbeitnehmer- denn als arbeitgeberfreundlich angesehen. Vor diesem Hintergrund besteht kaum Anlass zur Sorge, dass die Differenzen in Sachen Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit eine EU-kritische Haltung der Bevölkerung anfachen könnten.



Problematischer für die Zukunft der EU dürfte dagegen sein, dass in Frankreich und Italien das Vertrauen in die EU als Garant für eine stabile Wirtschaft deutlich geschwunden ist. Eine Mehrheit der Französischen und der Italiener betrachtet die Union eher als Jobbremse und verbindet mit ihr eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation. In Italien wird heute die EU-Mitgliedschaft eher als Risiko denn als Chance begriffen. In Italien war bereits in den beiden Vorwahlen eine skeptische Sichtweise weit verbreitet, für Frankreich bedeutet dies aber eine Wende zum Schlechteren. Mit der Amtsübernahme des neuen Präsidenten verbanden die Französischen große Hoffnungen auch in Hinblick auf die wirtschaftliche Zukunft Frankreichs. Diese Hoffnung ist offenbar bereits nach gut einem Jahr einer ausgeprägten Unzufriedenheit gewichen, deren sichtbarer Ausdruck die nicht nachlassenden Proteste der Gilets Jaunes darstellen.

Auch in Deutschland ist die Stimmung gegenüber der Europäischen Union volatil. 2015 war das EU-Bild der Deutschen nach Wirtschafts-, Euro- und Flüchtlingskrise von großer Skepsis gekennzeichnet. Angesichts der Entwicklungen an den Grenzen Europas, in den USA und im Kontext der Brexit-Verhandlungen wuchs die Einsicht, dass die EU-Mitgliedschaft speziell für Deutschland von großem Vorteil ist, die skeptische Haltung wich 2017 einer ausgeprägten EU-affinen Stimmung. In mancherlei Hinsicht hat sich diese positive Sicht der EU wieder abgekühlt, vor allem in ökonomischer Hinsicht schraubten viele Deutsche ihre Erwartungen zurück. Für jede zweite Person (52 Prozent) bleibt die EU zwar Garant für wirtschaftlichen Wohlstand, fast ebenso viele (48 Prozent) verbinden mit ihr heute sinkenden Wohlstand – vor zwei Jahren wurde diese Skepsis nur von jeder dritten Person geteilt.

Wenn in den nach dem Austritt Großbritanniens bevölkerungsreichsten und ökonomisch stärksten Mitgliedsstaaten die Zweifel am Wohlstandsversprechen der EU wachsen, ist dies mit Blick auf die künftigen Herausforderungen für die EU per se kein gutes Zeichen. Erschwerend kommt hinzu, dass diese ernüchternde Sichtweise vor allem von Bürgerinnen geteilt wird, die sich den unteren Gesellschaftsschichten zurechnen, die die EU auch eher als ungerecht empfinden.<sup>3</sup> Vor diesem Hintergrund ist zu befürchten, dass sich das früher weit verbreitete Image der EU als »Eliteprojekt« wieder in den ökonomisch weniger privilegierten Bevölkerungsgruppen breit macht. Denn für diese Schichten dürfte eine negative wirtschaftspolitische Bilanz der EU relevanter sein als eine positive Bilanz in Bezug auf Demokratie und Außenpolitik. Man hat jeden Grund zu vermuten, dass bei der anstehenden Europawahl vor allem rechtspopulistische Parteien von dieser kritischen Haltung profitieren könnten. In Italien kommt eine vor allem von der Lega immer wieder vorgebrachte und von breiten Bevölkerungsschichten geteilte Sichtweise hinzu, dass vor allem Deutschland der Nutznießer des europäischen Projekts sei – nicht zuletzt zu Lasten des eigenen Landes.

<sup>3</sup> Im Hinblick auf Alter und Wohnort der Befragten sind dagegen länderübergreifend nur geringe Unterschiede erkennbar. Jüngere und ältere EU-Bürgerinnen sind insgesamt nur unwesentlich EU-affiner als die mittleren Jahrgänge und Großstädter etwas stärker als die Landbevölkerung in den Mitgliedsländern.

# 3

## DIE GESTALT DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

### 3.1 WICHTIGSTE AUFGABEN DER EU

Die Befragten in den elf EU-Ländern waren wieder aufgefordert, auch die aus ihrer Sicht wichtigsten Aufgaben der EU zu benennen. Dazu wurden ihnen 13 Ziele vorgelegt, die sie nach Wichtigkeit sortieren sollten.<sup>4</sup> Über alle elf Länder gesehen wurde dabei das Ziel an erster Stelle gesehen, das bereits bei der Gründung der EU die wichtigste Rolle spielte: Die Sicherung des Friedens. Jede fünfte Person sieht die Bewahrung des Friedens – sicher nicht nur in Europa – als wichtigste, jeweils jede zehnte Person als zweit- oder dritt wichtigste Aufgabe der Europäischen Union an. Dies kann kaum verwundern. In Zeiten, in denen kriegeri-

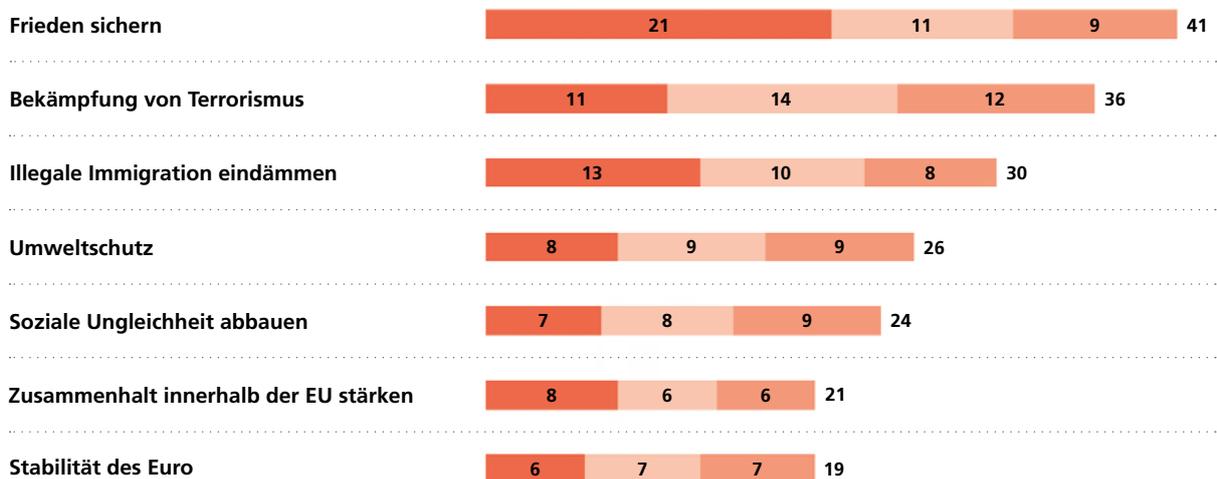
sche Konflikte an den Grenzen unvermindert andauern, autoritäre Staatschefs in Russland und in der Türkei zunehmend auf Konfrontation statt Kooperation setzen und in denen mit den USA der immer noch wichtigste Akteur einer multipolaren Weltordnung immer unberechenbarer wird, gewinnt der Wunsch nach Frieden über siebzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges wieder an Relevanz in Europa.

Auf Platz zwei und drei der Prioritätenliste folgen zwei weitere sicherheitsrelevante Aufgabenfelder. Die Bekämpfung des Terrorismus platzieren 36 Prozent der Befragten unter die Top drei, die Eindämmung illegaler Immigration ein Drittel. Letzteres mag überraschen, findet sich diese Aufgabe doch im Eurobarometer seit Jahren auf Rang eins der wichtigsten Aufgaben. Im Eurobarometer werden aber – anders als hier geschehen – die wichtigsten Aufgaben offen, also ohne Antwortvorgaben erhoben, wodurch erfahrungsgemäß medial besonders präsente Themen stärker in den Fokus geraten. Danach folgen die

<sup>4</sup> Die vorliegenden Befunde sind nur bedingt mit denen der beiden vorhergehenden Befragungen vergleichbar, denn seinerzeit wurden die wichtigsten Aufgaben in einer offenen Abfrage ohne Antwortvorgabe ermittelt. Bei offenen Abfragen spielt das mediale Umfeld und aktuelle Ereignisse eine entscheidende Rolle, während bei dem Ranking von vorgegebenen Aufgaben das überlegte Abwägen im Vordergrund steht.

Abbildung 7  
Wichtigste Aufgaben der EU: Übersicht

Frage: Was sind aus Ihrer Sicht zurzeit die wichtigsten Aufgaben, die die Europäische Union zu bewältigen hat? Bitte sortieren Sie diese Aufgaben so, dass die für Sie wichtigste Aufgabe an erster Stelle und die für Sie unwichtigste Aufgabe an letzter Stelle steht.

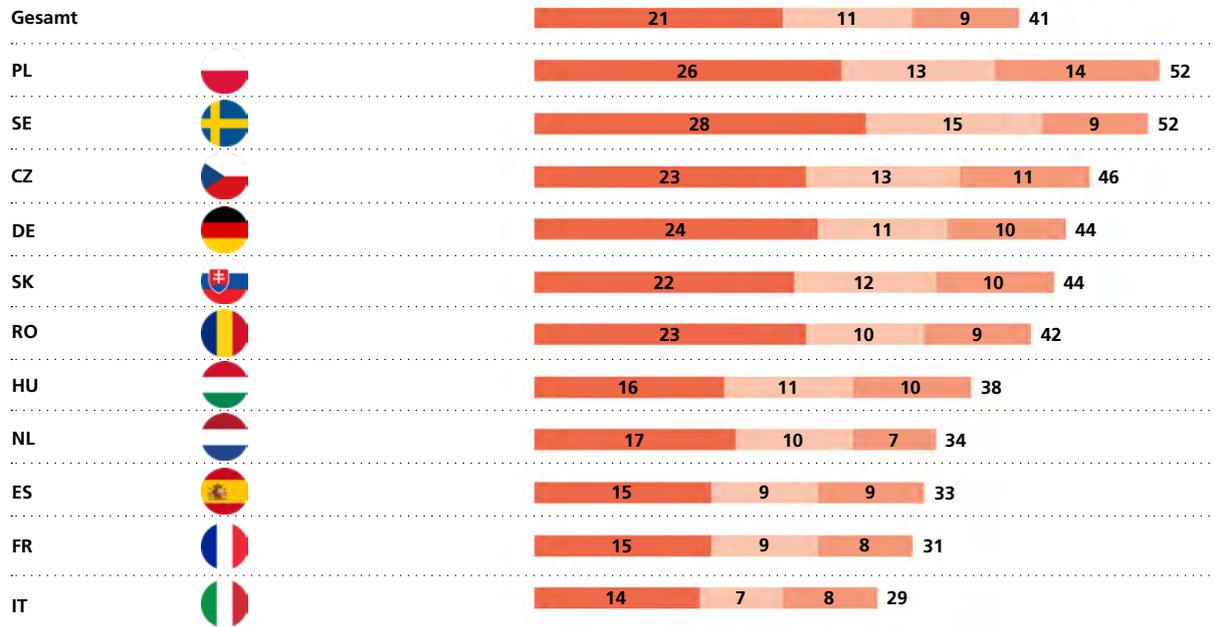


Angaben in Prozent; Mehrfachnennungen möglich.

■ wichtigste Aufgabe    ■ Zweitwichtigste Aufgabe    ■ Dritt wichtigste Aufgabe

Abbildung 8  
**Wichtigste Aufgaben der EU: Frieden sichern**

Frage: Was sind aus Ihrer Sicht zurzeit die wichtigsten Aufgaben, die die Europäische Union zu bewältigen hat? Bitte sortieren Sie diese Aufgaben so, dass die für Sie wichtigste Aufgabe an erster Stelle und die für Sie unwichtigste Aufgabe an letzter Stelle steht.

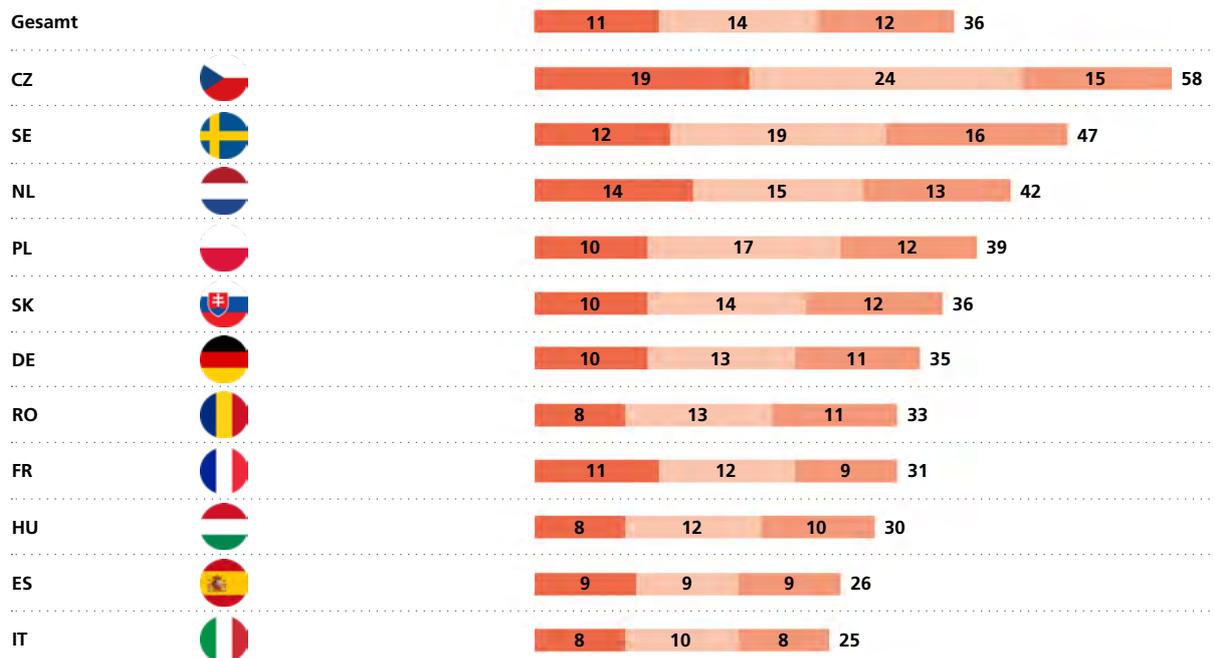


Angaben in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; Unterschiede zwischen berechneten Summen und Summen der Einzelergebnisse sind rundungsbedingt.

■ wichtigste Aufgabe    ■ Zweitwichtigste Aufgabe    ■ Drittwichtigste Aufgabe

Abbildung 9  
**Wichtigste Aufgaben der EU: Bekämpfung von Terrorismus**

Frage: Was sind aus Ihrer Sicht zurzeit die wichtigsten Aufgaben, die die Europäische Union zu bewältigen hat? Bitte sortieren Sie diese Aufgaben so, dass die für Sie wichtigste Aufgabe an erster Stelle und die für Sie unwichtigste Aufgabe an letzter Stelle steht.

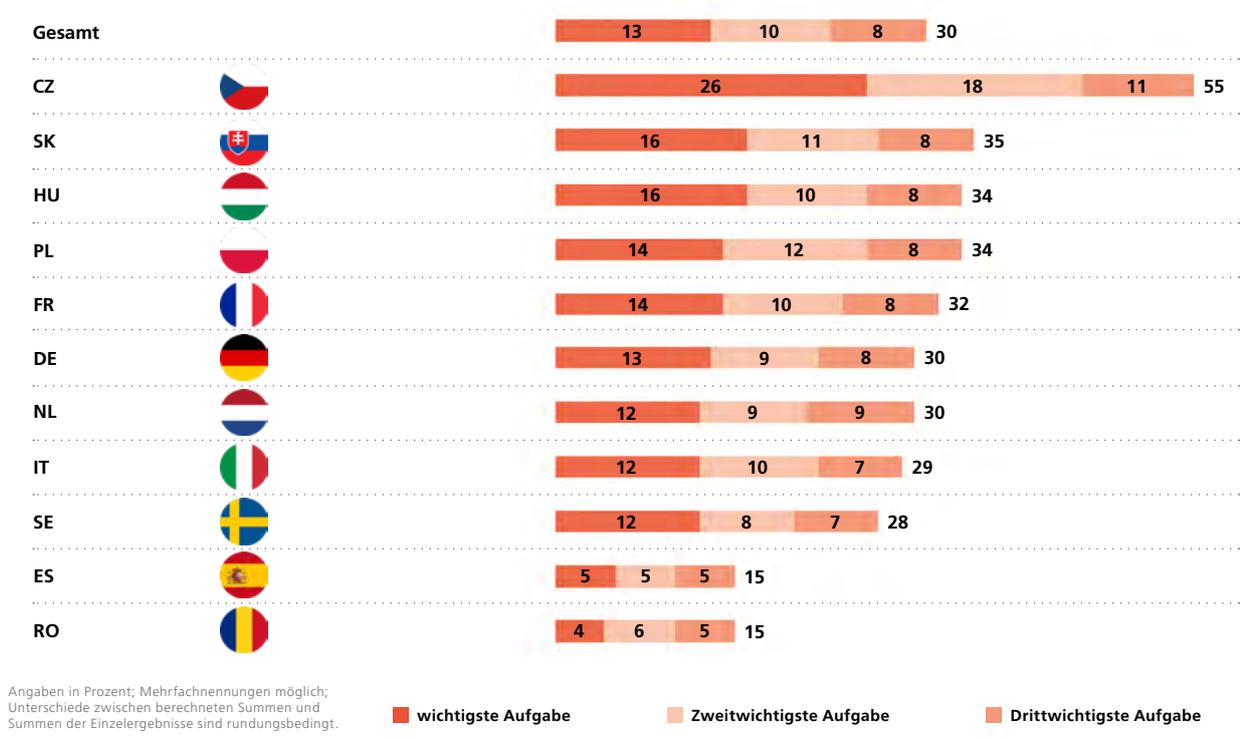


Angaben in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; Unterschiede zwischen berechneten Summen und Summen der Einzelergebnisse sind rundungsbedingt.

■ wichtigste Aufgabe    ■ Zweitwichtigste Aufgabe    ■ Drittwichtigste Aufgabe

Abbildung 10  
**Wichtigste Aufgaben der EU: Illegale Immigration eindämmen**

Frage: Was sind aus Ihrer Sicht zurzeit die wichtigsten Aufgaben, die die Europäische Union zu bewältigen hat? Bitte sortieren Sie diese Aufgaben so, dass die für Sie wichtigste Aufgabe an erster Stelle und die für Sie unwichtigste Aufgabe an letzter Stelle steht.



Themen Umweltschutz sowie der Abbau der sozialen Ungleichheit. Mit der Stärkung des Zusammenhalts in der EU auf Platz sechs wird von den Befragten ein weiteres Solidaritätsthema gesetzt. Auch die an siebter Stelle platzierte Aufgabe, die Stärkung des Euros, beinhaltet neben dem Ziel wirtschaftlicher Stabilität das politische Ziel einer stärkeren Integration der Euro-Staaten.

Über die Ländergrenzen hinweg gibt es viele Gemeinsamkeiten, aber auch deutliche Unterschiede in der Priorisierung der einzelnen Aufgaben. Weitgehende Einigkeit besteht darin, dass der Aufgabe, den Frieden zu sichern, die größte Bedeutung zukommt. In sieben der elf Länder rangiert die Friedenssicherung mehr oder weniger klar auf Rang eins der Aufgabenliste. Die Häufigkeit, mit der das Thema unter den Top drei auftaucht, unterscheidet sich gleichwohl deutlich: In Schweden und Polen führt jeweils mehr als die Hälfte der Bürger\_innen Frieden als wichtigstes Thema an, in den Niederlanden, Spanien und Frankreich nur ein Drittel und in Italien weniger als dreißig Prozent. Dies lässt zum einen Unterschiede in der Wahrnehmung der Dringlichkeit dieses Themas erkennen. Entscheidender ist aber, dass in den letztgenannten Ländern auch andere Themen eine ähnlich hohe Relevanz haben.

Weitgehend einig sind sich die Bürger\_innen der elf EU-Länder auch darin, dass der Bekämpfung des Terrorismus für die EU höchste Priorität zukommt. Dies kann angesichts der zahlreichen Terroranschläge der letzten Jahre mit Hunderten von Todesopfern kaum überraschen. Was aber et-

was verwundern mag, ist die Tatsache, dass die Bekämpfung des Terrors in Tschechien mit kumuliert 58 Prozent als wichtigste Aufgabe der EU angesehen wird und auch in Schweden und den Niederlanden, die wie Tschechien bislang von großen Terroranschlägen weitgehend verschont blieben, der Kampf gegen den Terror als besonders vorrangig gilt. In dem stärker als andere Länder vom Terrorismus heimgesuchten Frankreich positionieren nur ein Drittel der Bürger\_innen dieses Thema unter die wichtigsten drei. Dies liegt vor allem daran, dass sich Frankreich derzeit mit einer Vielzahl drängender außen- wie innenpolitischer Herausforderungen konfrontiert sieht.

In der prioritären Bedeutung von Frieden und Bekämpfung von Terrorismus sind sich die Bürger\_innen der elf Staaten weitgehend einig. Was die Dringlichkeit der Bekämpfung der illegalen Immigration betrifft, treten dagegen deutliche Unterschiede zutage. Es kann wenig überraschen, dass dem Thema in Deutschland und in Frankreich, in zwei der wichtigsten Zielländer von Flüchtlingen, große Aufmerksamkeit zuteilwird. In beiden Ländern liegt die Eindämmung illegaler Immigration auf Rang drei der Aufgabenliste. Die Bevölkerung in Schweden, dem Land mit dem höchsten Migrantenanteil, treibt das Problem dagegen weit weniger um (Rang fünf). In Italien, dem Land, in dem zuletzt die bei weitem meisten Flüchtlinge anlandeten, wird die Eindämmung der illegalen Zuwanderung zwar ebenfalls als eine der wichtigsten Aufgaben der EU angesehen (Rang zwei, gleichauf mit Friedenssicherung), sie spielt aber mit 29 Prozent der Nennungen nicht die zentrale Rol-

le, die man angesichts einer rechtspopulistischen Regierung vielleicht erwarten könnte. Dies liegt in erster Linie daran, dass Italien mit vielen Problemen gleichzeitig konfrontiert ist, allen voran die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Rang eins), aber auch die Stärkung der Wirtschaft (Rang vier). Auch in Spanien gilt die Aufmerksamkeit weit stärker wirtschaftlichen Problemen, das Thema Migration rangiert hier nur an zwölfter und vorletzter Stelle der wichtigsten Aufgaben der EU. In den Visegrád-Staaten gilt dagegen die Eindämmung illegaler Einwanderung als eine der drei dringendsten Aufgaben der EU – ungeachtet der Tatsache, dass sie von der Migration am wenigsten betroffen sind. In Tschechien liegt die Migrationspolitik mit 55 Prozent auf Rang zwei der drei wichtigsten Themen.

Auch die Aufgabe, den Euro stabil zu halten, wird sehr unterschiedlich bewertet. Die Niederländer\_innen und die Deutschen sehen hier die EU in besonderer Weise gefordert, während die Bürger\_innen Italiens, dem neben Griechenland größten Schuldner in der EU, diese Aufgabe als eher nachrangig betrachten (Rang zehn). Der Streit der EU-Kommission mit der italienischen Regierung über deren Verschuldung hat offenbar nicht zu einer höheren Sensibilisierung in Sachen Währungsstabilität beigetragen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat wie bereits erwähnt in Italien erste, in Spanien (Rang drei) und in Frankreich (Rang fünf) hohe Priorität. Die Bürger\_innen dieser drei Staaten erwarten von der EU-Kommission eine aktive Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. In den wirtschaftlich starken Ländern wie Deutschland und Schweden, aber auch in Tschechien, spielen beide Aspekte nur eine untergeordnete Rolle.

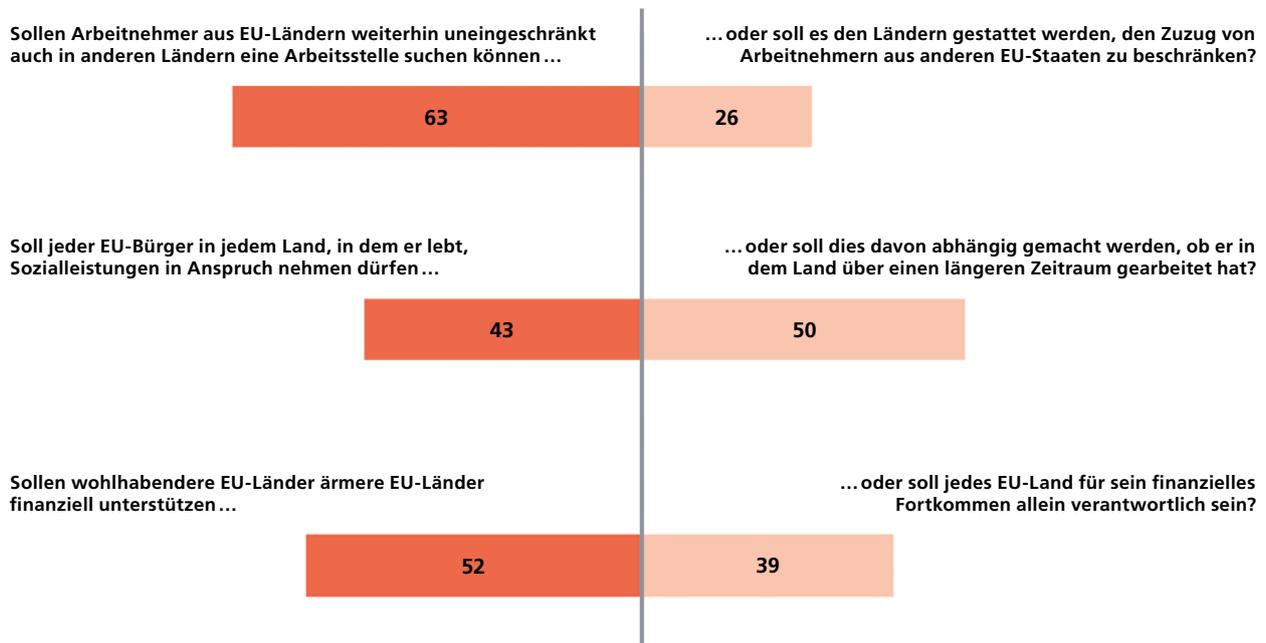
Auf den hinteren Plätzen der EU-Prioritätenliste landen länderübergreifend die Themen »Stärkung von Arbeitnehmerrechten«, »einheitliche Besteuerung von Großkonzernen« und »Abbau der Staatsverschuldung«. Letztere wird heute auch von der deutschen Bevölkerung nicht mehr als vorrangige Aufgabe der EU angesehen.

### 3.2 ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT, RECHT AUF SOZIALLEISTUNGEN UND TRANSFERUNION

Das Recht auf Freizügigkeit gehört zu den Grundwerten, auf deren Einhaltung die EU besonderen Wert legt. Dies gilt auch und insbesondere für das Recht jeder Arbeitnehmer\_in, den Arbeitsort innerhalb der EU frei zu wählen. Die Ausgestaltung der Arbeitnehmerfreizügigkeit führte aber mit der Erweiterung der EU in den 2000er-Jahren zu erheblichen Diskussionen und zur Einführung von Übergangsregelungen. Gleichwohl flammt die Kritik daran immer wieder auf und stellte auch einen der wesentlichen Gründe dar, warum eine Mehrheit der Brit\_innen in einer Volksabstimmung beschloss, der EU den Rücken zu kehren. Das Motto »taking back control« galt nicht zuletzt dem Zustrom von Arbeitnehmer\_innen aus den EU-Partnerstaaten auf die Insel.

Das britische Beispiel scheint aber nicht Schule zu machen, denn eine Mehrheit der Bürger\_innen der elf untersuchten Länder denkt nach wie vor recht solidarisch. Zwei Drittel der Befragten plädieren dafür, dass Arbeitnehmer\_innen auch weiterhin ihren Arbeitsplatz innerhalb der EU frei

Abbildung 11  
**Arbeitnehmerfreizügigkeit, Recht auf Sozialleistungen und Transferunion**



Angaben in Prozent; fehlende Werte zu 100 Prozent: »weiß nicht/keine Angabe«.

wählen können, nur ein Viertel spricht sich dafür aus, den Zuzug von Arbeitnehmer\_innen aus anderen EU-Staaten künftig zu begrenzen. Dieses Meinungsbild ist über alle drei Erhebungswellen sehr stabil.

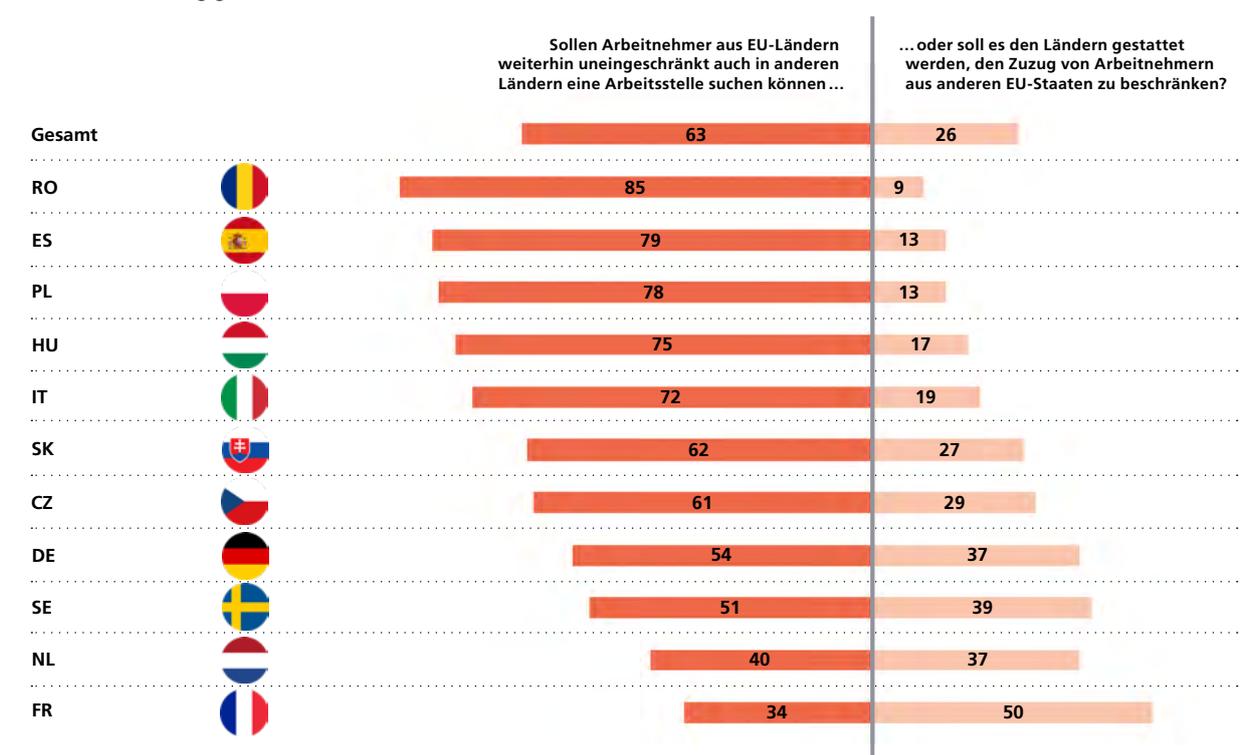
Aber auch in diesem Punkt sind deutlich unterschiedliche Positionen in den einzelnen Ländern erkennbar. Die Zustimmung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit fällt in den ost- und südeuropäischen Entsendeländern besonders hoch aus, in den Empfängerländern sind die Widerstände dagegen relativ hoch. In Rumänien, Polen und Ungarn, aber auch in Spanien und Italien sprechen sich jeweils große Mehrheiten für die Beibehaltung der freien Wahl des Arbeitsplatzes aus. Auch in Schweden und in Deutschland will jeweils eine – wenn auch knappe – Mehrheit am Recht auf Freizügigkeit der Arbeitnehmer\_innen festhalten, mit allerdings deutlich abnehmender Tendenz. So fiel in Deutschland trotz sinkender Arbeitslosigkeit und steigender Nachfrage nach Beschäftigten die Zustimmung zur europaweiten Arbeitnehmerfreizügigkeit von 71 auf jetzt 54 Prozent. In den Niederlanden halten sich pro und contra die Waage. In Frankreich überwiegen sogar, ähnlich wie in Großbritannien, die Kritiker\_innen. Am stärksten ausgeprägt sind die Vorbehalte gegenüber einer Zuwanderung aus anderen EU-Ländern in den unteren sozialen Schichten, die wohl damit eine Verschlechterung ihrer ohnehin schon prekären Beschäftigungschancen verbinden.

Diese recht deutliche Mehrheit für eine Arbeitnehmerfreizügigkeit beinhaltet jedoch nicht automatisch auch eine Befürwortung bedingungsloser grenzüberschreitender Sozial-

leistungen. Eine relative Mehrheit von fünfzig Prozent plädiert dafür, dass eine staatliche Unterstützung nur dann ausbezahlt wird, wenn die Leistungsempfänger\_innen über einen längeren Zeitraum im entsprechenden Land gearbeitet haben. 43 Prozent der Befragten befürworten dagegen ein uneingeschränktes Recht auf Sozialleistungen für alle EU-Bürger\_innen überall. Wie schon in den vorangegangenen Studien kommen die stärksten Widerstände aus Ländern mit ausgesprochen hohen Sozialleistungen. In Frankreich sprechen sich 54 Prozent, in den Niederlanden 61 Prozent, in Schweden 69 Prozent und in Deutschland 72 Prozent dafür aus, Sozialleistungen bei EU-Ausländer\_innen von einer Erwerbsgeschichte im eigenen Land abhängig zu machen. Für hohe Hürden in die Sozialsysteme der Zielländer plädieren aber auch Mehrheiten in Tschechien (66 Prozent) und der Slowakei (53 Prozent). Deren Nachbar\_innen in Polen, Ungarn und Rumänien, aber auch die Bürger\_innen in Spanien befürworten mehr Freizügigkeit bei der Handhabung von Sozialleistungen. Und wie schon 2015 und 2017 fällt die Zustimmung dafür in Italien mit Abstand am höchsten aus (74 Prozent).

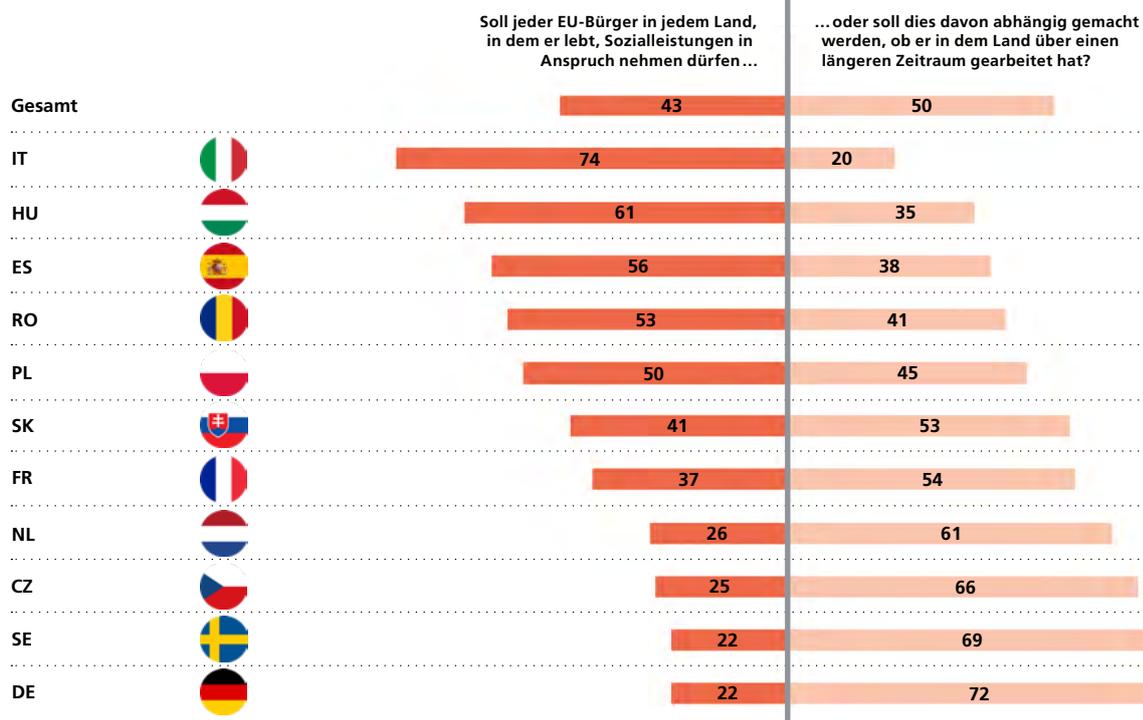
Der französische Präsident, Emmanuel Macron, plädierte in seiner vielbeachteten Grundsatzrede zur Zukunft der EU am 26. September 2017 an der Sorbonne unter anderem auch für einen EU-Haushaltsfonds. Dies diene dem Ziel gleicher Lebensbedingungen innerhalb der EU, was auch zur Eindämmung der Wohlstandsmigration beitragen würde. Die Grundidee eines Europas, in dem die wohlhabenderen Staaten den weniger Wohlhabenden auch finanziell unter die Arme greifen, ist innerhalb der elf EU-Länder höchst umstritten. Zwar spricht sich – wie auch bei

Abbildung 12  
Arbeitnehmerfreizügigkeit



Angaben in Prozent; fehlende Werte zu 100 Prozent: »weiß nicht/keine Angabe«.

Abbildung 13

**Recht auf Sozialleistungen**

Angaben in Prozent; fehlende Werte zu 100 Prozent: »weiß nicht/keine Angabe«.

den Befragungen zuvor – über alle Länder gesehen eine knappe Mehrheit von 51 Prozent für mehr finanzielle Solidarität innerhalb der EU aus, aber immerhin 41 Prozent halten wenig davon und wollen an der Eigenverantwortung der Mitgliedsländer für ihr wirtschaftliches Fortkommen festhalten.

Die Bruchlinie folgt in erster Linie der Unterscheidung von Netto-Zahlern und Netto-Empfängerländern innerhalb der EU – allerdings mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen. Für die Beibehaltung des Prinzips ökonomischer Eigenverantwortlichkeit der Staaten plädieren insbesondere die Holländer\_innen (62 Prozent), die Französ\_innen (53 Prozent) sowie die Deutschen (49 Prozent). Bei letzteren ist die Bereitschaft zur transnationalen Solidarität gegenüber 2017 deutlich gesunken (von 59 auf 42 Prozent). In die Riege der Kritiker\_innen reihen sich aber auch die Tschech\_innen ein (55 Prozent). Auf der Seite der mehrheitlichen Befürworter\_innen einer Transfergemeinschaft finden sich alle übrigen osteuropäischen Empfängerländer sowie Spanien, das ebenfalls noch in relevantem Umfang EU-Subventionen erhält. Unterstützung für seinen europäischen Solidaritätsfonds erfährt Macron aber auch in Schweden (50 Prozent) sowie vor allem in Italien (59 Prozent), das ebenfalls zur Gruppe der Nettozahler gehört. Was das Votum der Italiener\_innen betrifft, dürfte dies die Einschätzung ausdrücken, dass das eigene Land heute den armen Mitgliedsstaaten zuzurechnen sei und damit das Recht auf finanzielle Zuwendungen seitens der reicheren EU-Länder habe. Dass die italienische Regierung stattdessen von Brüssel restriktive Auflagen bei den geplanten staatlichen Ausgaben erhielt, dürfte bei vielen Bürger\_innen dort auf Unverständnis stoßen.

### 3.3 ENTWICKLUNGSFELDER EUROPÄISCHER INTEGRATION

Neben der Frage nach den Regeln und Bedingungen für die Solidarität unter den EU-Ländern gibt es auch immer wieder Diskussionen darüber, wie die Qualität der europäischen Integration verbessert werden kann. Hierzu wurden den Befragten 16 Vorschläge vorgelegt mit der Bitte um eine Einschätzung, ob die Maßnahmen der europäischen Integration eher förderlich sind oder nicht. Das Ergebnis zeigt einmal mehr den ausgeprägten Willen der Europäer\_innen zu mehr Zusammenarbeit. Die Befragten stimmten länderübergreifend allen 16 Vorschlägen mehrheitlich zu, wobei die Zustimmung zwischen 60 und 87 Prozent durchweg sehr deutlich ausfiel.

Besondere Priorität räumen die Bürger\_innen der elf Länder dabei Kooperationsfeldern ein, die der Risikoprävention durch transnationale Zusammenarbeit dienen. Dazu gehören in erster Linie die Law-and-Order-Themen Sicherung der EU-Außengrenzen, die Einrichtung eines europäischen Geheimdienstes und eine einheitliche Datenschutzregelung. Hohe Zustimmung erfahren aber auch Vorschläge, die auf mehr Gerechtigkeit abzielen, wie etwa die Festlegung sozialer Mindeststandards und landesspezifischer Mindestlöhne für alle Mitgliedsstaaten, sowie die Einrichtung eines Fonds für Wirtschaftskrisen. All diese Punkte erreichen mindestens 80 Prozent Unterstützung. Ähnlich hohe Zustimmungswerte erhalten auch Vorschläge zur Reform der demokratischen Strukturen der EU, wie etwa die Einführung europäischer Volksentscheide oder die Direktwahl des Kommissionspräsidenten sowie die Festlegung eines Widerspruchsrechtes der nationalen Parlamente gegen EU-Beschlüsse.

Abbildung 14  
**Entwicklungsfelder europäischer Integration: Übersicht**

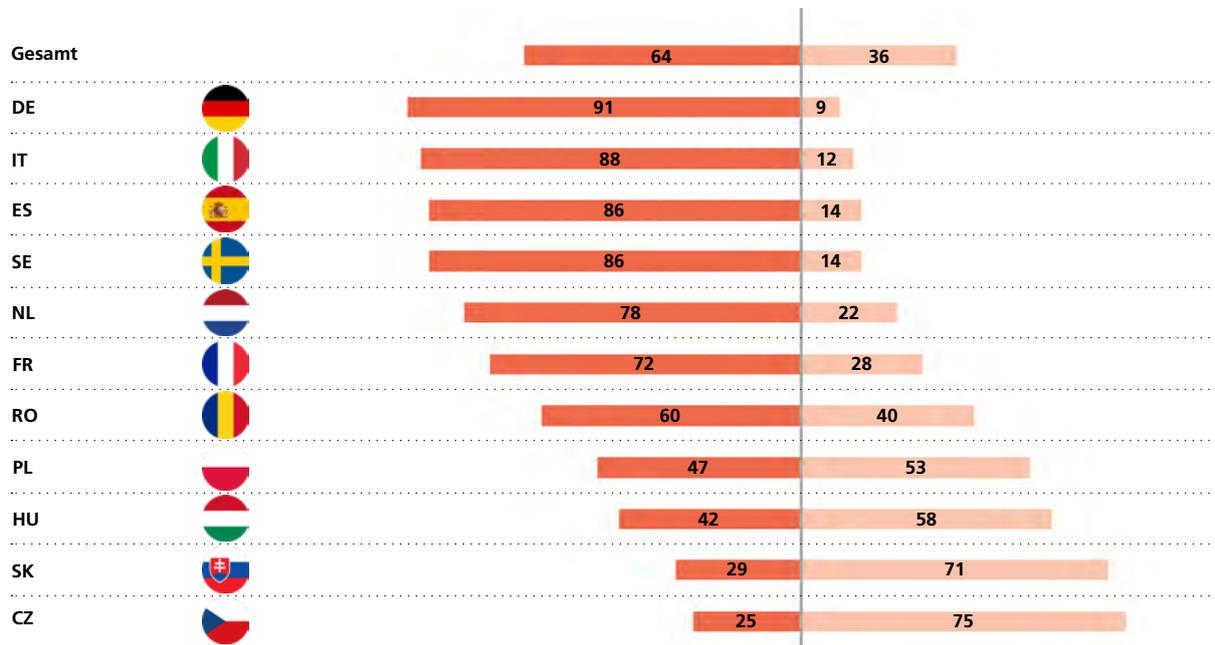
Frage: Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie den Vorschlägen, wie man die europäische Integration verbessern könnte, voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ihn eher ablehnen oder voll und ganz ablehnen.



Angaben in Prozent; Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Abbildung 15  
**Entwicklungsfelder europäischer Integration: Gerechte Verteilung der Flüchtlinge**

Frage: Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie den Vorschlägen, wie man die europäische Integration verbessern könnte, voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ihn eher ablehnen oder voll und ganz ablehnen.

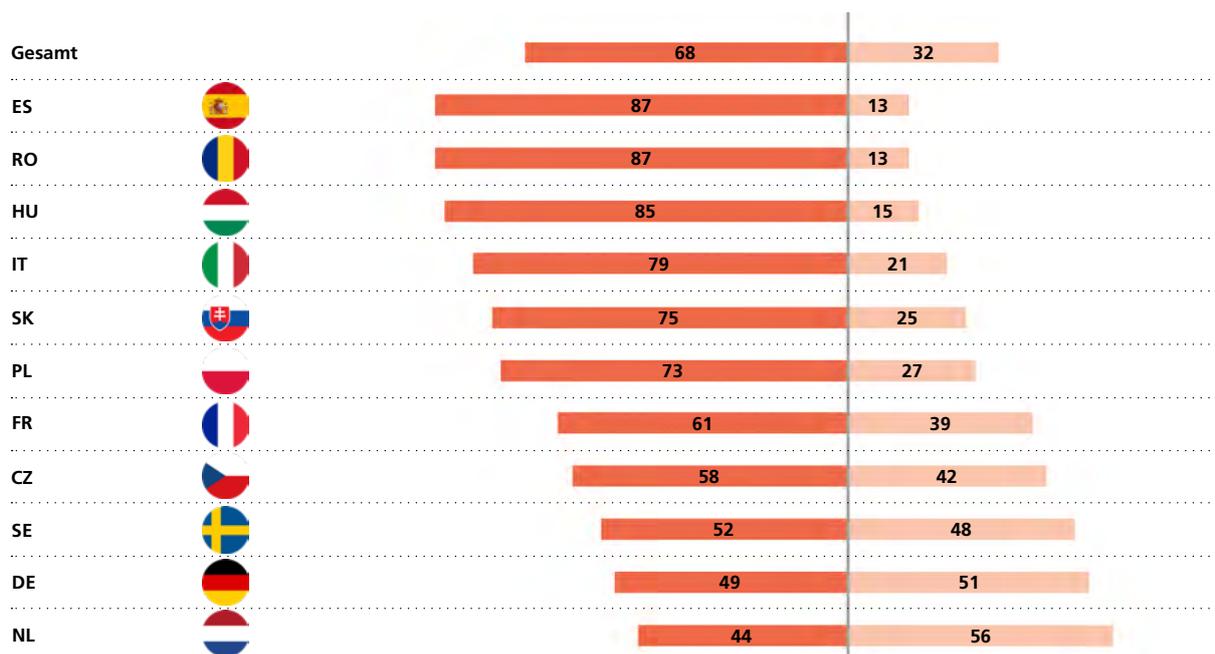


Angaben in Prozent; Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

■ voll und ganz / eher zustimmen    ■ eher/voll und ganz ablehnen

Abbildung 16  
**Wachstumsinitiative in Süd- und Osteuropa**

Frage: Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie den Vorschlägen, wie man die europäische Integration verbessern könnte, voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ihn eher ablehnen oder voll und ganz ablehnen.



Angaben in Prozent; Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

■ voll und ganz / eher zustimmen    ■ eher/voll und ganz ablehnen

Am unteren Ende der Themenliste – aber mit einer Unterstützung von immer noch rund zwei Dritteln – rangieren Themen der Finanz- und Steuerpolitik wie die Einführung einer EU-Steuer auf Kapitalbewegungen, die verpflichtende Einführung des Euro als einziges Zahlungsmittel, eine Wachstumsoffensive in Süd- und Osteuropa sowie die europaweite Verteilung der Flüchtlinge.

Insbesondere am Beispiel der Flüchtlingsverteilung zeigt sich jedoch auch, dass die Maßnahmen in den einzelnen Ländern bisweilen sehr unterschiedlich bewertet werden. Neben Deutschland haben Italien, aber auch Spanien ein Interesse daran, die Lasten hier fairer zu verteilen. Auffällig ist sowohl bei den Spanier\_innen wie auch den Italiener\_innen, dass, wie in Abschnitt 3.1 deutlich wurde, neben der Eindämmung illegaler Immigration auch die gerechte Verteilung der Geflüchteten über die EU-Mitgliedsstaaten hoch priorisiert wird. In den Visegrád-Staaten, die selbst kaum Flüchtlinge aufgenommen haben, sprechen sich hingegen auch nach dem Abebben der Flüchtlingswelle klare Mehrheiten gegen eine aus ihrer Sicht wohl eher ungerechte Zuteilung von Geflüchteten auch in ihre Länder aus.

Die vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron vorgeschlagene Wachstumsoffensive für Süd- und Osteuropa gehört zu den Themen, die zwischen den EU-Mitgliedern relativ umstritten sind. Die wirtschaftlich stark unter Druck stehenden Spanier\_innen, die Rumän\_innen, aber auch die Ungar\_innen und Italiener\_innen sprechen sich mit Zustimmungsraten von ca. 80 Prozent und mehr für einen ökonomischen Masterplan für schwächere Länder aus. Demgegenüber ist die Ablehnung in Mitgliedsstaaten, die wohl den größten Teil der Kosten dafür zu tragen hätten, erwartungsgemäß deutlich höher, aber nur in Deutschland und in den Niederlanden überwiegen die ablehnenden Voten mit 51 bzw. 56 Prozent.

# 4

## NATIONALE ODER EUROPÄISCHE ZUSTÄNDIGKEIT?

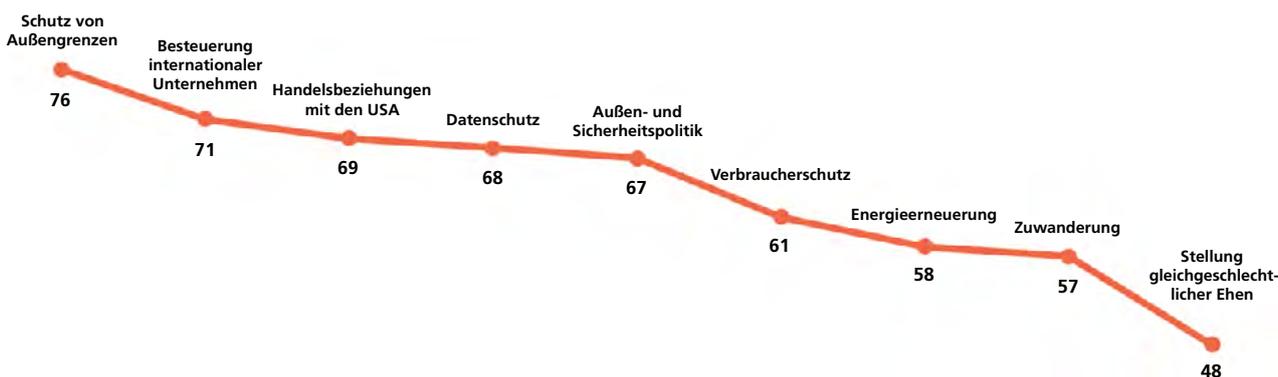
### 4.1 REGELUNG VON AUFGABEN AUF NATIONALER ODER AUF EUROPÄISCHER EBENE

Einer der zentralen Streitpunkte in der Europäischen Union betrifft die Kompetenzverteilung zwischen der EU und ihren Institutionen und den Mitgliedsstaaten. In der Europäischen Union gilt gemäß der EU-Verträge das Prinzip der Subsidiarität, das postuliert, dass die Gemeinschaft nur dann tätig wird, »sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf der Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können« (Art. 5 EU-Vertrag). Dem steht die zuletzt von Macron vehement vorgetragene Forderung gegenüber, die Europäische Integration angesichts neuer Herausforderungen weiter voranzutreiben und dafür die Befugnisse der EU auszuweiten. Um die Haltung der EU-Bürger\_innen hierzu zu erkunden, wurden den Befragten 13 Aufgabenbereiche vorgelegt, um zu entscheiden, ob diese Aufgaben künftig eher auf nationaler oder eher auf EU-Ebene gelöst werden sollten.

Die Befunde belegen, dass es eine Reihe von Bereichen gibt, in denen länderübergreifend eine Stärkung der Kompetenzen der EU-Institutionen als sinnvoll und not-

wendig erachtet wird. Sie zeigen aber auch Tabus auf, wo die Bürger\_innen weiterhin auf nationale Zuständigkeit beharren. In insgesamt acht von 13 Politikfeldern halten die Bürger\_innen mehrheitlich eher eine Gestaltung und Regelung auf europäischer denn auf nationaler Ebene für sinnvoll. Dabei werden eher solche Aufgaben im Zuständigkeitsbereich der EU angesiedelt, die inter- oder transnationalen Charakter haben. Dies gilt etwa für den Schutz der Außengrenzen, die Besteuerung internationaler Unternehmen, die Handelsbeziehungen mit den USA, den Datenschutz und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union. Immer noch mehrheitlich Europa zugeordnet, jedoch in weniger hohem Ausmaß, werden Fragen des Verbraucherschutzes, der Energieerzeugung und der Zuwanderung. Insgesamt ist nicht nur die Zahl und Art der in der Verantwortung der EU angesiedelten Politikfelder gegenüber 2017 gleichgeblieben. In fast allen Bereichen ist die Forderung nach gemeinschaftlicher statt nationaler Zuständigkeit sogar stärker geworden. Insbesondere beim Datenschutz sehen die Befragten zwischenzeitlich offenbar deutlich gestiegenen europäischen Handlungsbedarf. Lediglich die Zuständigkeit für die Verteilung der Flüchtlinge wird etwas weniger deutlich in Brüssel verortet als in den vergangenen Jahren.

Abbildung 17  
**Aufgaben, die eher auf europäischer Ebene geregelt werden sollten**



Angaben in Prozent.

Abbildung 18

**Aufgaben, die eher auf nationaler Ebene geregelt werden sollten**

Angaben in Prozent.

Bei der rechtlichen Stellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften (48 Prozent) sowie bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (52 Prozent) ist das Ergebnis kontrovers. Hier votiert jeweils eine Hälfte für eine stärkere Zuständigkeit der EU, die andere Hälfte sieht hier eher die Nationalstaaten gefordert.

Auf drei Feldern dominiert dagegen unverändert die Ansicht, dass man diese Aufgaben eher in der Verantwortung des jeweils eigenen Staates belassen solle. Dies gilt für die Haushaltspolitik (67 Prozent), die Festlegung der Arbeitslosenbezüge (63 Prozent) sowie der Renten (62 Prozent).

In den meisten Fällen herrscht zwischen den Bürger\_innen der elf Länder weitgehend Einigkeit darüber, ob die nationale oder die supranationale Ebene das Heft in die Hand nehmen soll. Alle sicherheitsrelevanten Fragen, die Besteuerung internationaler Unternehmen, die Gestaltung der Handelsbeziehungen zur USA sowie der Verbraucherschutz werden überall eher als Gemeinschaftsaufgaben angesehen.

Hinsichtlich der Haushalts- und der Sozialpolitik ist in den meisten Ländern die ganz überwiegende Mehrheit der Ansicht, diese Fragen innerhalb der Entscheidungshoheit der Nationalstaaten zu belassen. Auf weiterhin nationale Zuständigkeit pochen insbesondere Schweden und Deutschland, wirtschaftlich starke Staaten also mit einem hohen Sozialstandard. Spanien, Rumänien und Italien gehören dagegen zu den wenigen Ländern, in denen sich ein Teil der Befragten noch am ehesten vorstellen kann, Kompetenzen an die EU abzugeben. Spanien ist das einzige Land, das sich die Regelung beider Fragen mehrheitlich durch die EU wünscht.

In einigen Feldern gibt es aber mehr oder weniger deutlichen Dissens. So beharren etwa bei der Regelung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften die Bürger\_innen im katholischen Polen auf nationale Zuständigkeit. Bei der Energiepolitik lehnen nur die Tschech\_innen und die Slo-

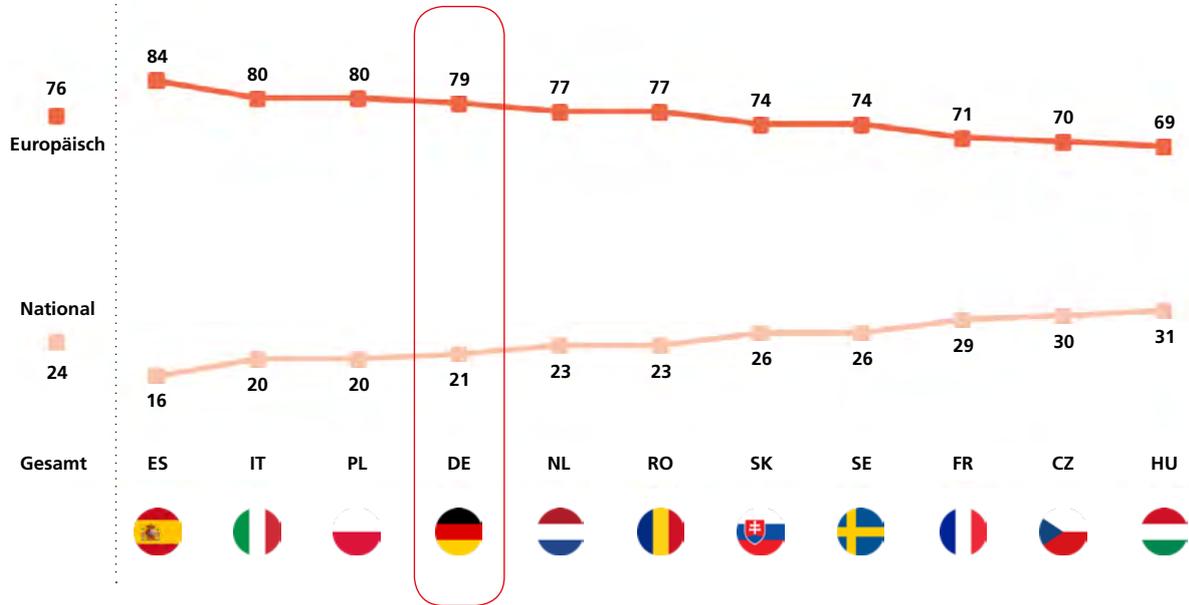
wak\_innen eine gesamteuropäische Strategie ab. Und bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wehren sich vor allem die Bürger\_innen aus Ländern mit niedriger Arbeitslosigkeit (Schweden, Niederlande, Frankreich und Deutschland), mit in die Verantwortung genommen zu werden. In Deutschland ist dabei ein Stimmungsumschwung erkennbar. 2017 wurde der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit noch mehrheitlich als gesamteuropäische Aufgabe wahrgenommen.

Wie schon die Jahre zuvor bleibt aber vor allem die Migrationspolitik ein Zankapfel innerhalb der EU. Die Bürger\_innen aller elf erfassten Mitgliedsländer sind sich einerseits weitgehend einig in der Überzeugung, dass der Schutz der europäischen Außengrenzen vordringlich eine gemeinschaftliche Aufgabe darstellt. Die Zustimmung bewegt sich in diesem Punkt zwischen einer Zwei-Drittel-Mehrheit und einer Vier-Fünftel-Mehrheit. Am höchsten fällt die Zustimmung in Spanien (84 Prozent), Italien (80 Prozent) sowie in Polen (80 Prozent) aus, woraus deutlich wird, dass der Schutz der Außengrenzen in West und Ost als Gemeinschaftsaufgabe akzeptiert wird. Geht es aber um die Verteilung der illegalen Migrant\_innen, denen die Flucht in einen EU-Staat gelang, so gehen die Ansichten nach wie vor deutlich auseinander.

Für eine Verteilung in Verantwortung der EU plädieren vor allem Bürger\_innen aus jenen Ländern, in denen die meisten Flüchtlinge ankommen, also Spanien und Italien (beide 79 Prozent), oder wo eine große Mehrheit der Geflüchteten zuletzt Aufnahme fand, also Deutschland (75 Prozent). Dem stehen ähnlich eindeutige Mehrheiten in den Visegrád-Staaten gegenüber, die die Verteilung in nationaler Zuständigkeit geregelt wissen wollen: In Ungarn plädieren 57 Prozent dafür, in Polen 61 Prozent, in der Slowakei 71 Prozent und in Tschechien sogar 78 Prozent. In ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen wissen also die Regierungen in den betreffenden Staaten die Mehrheit ihrer Bürger\_innen hinter sich.

Abbildung 19  
**Schutz der europäischen Außengrenzen**

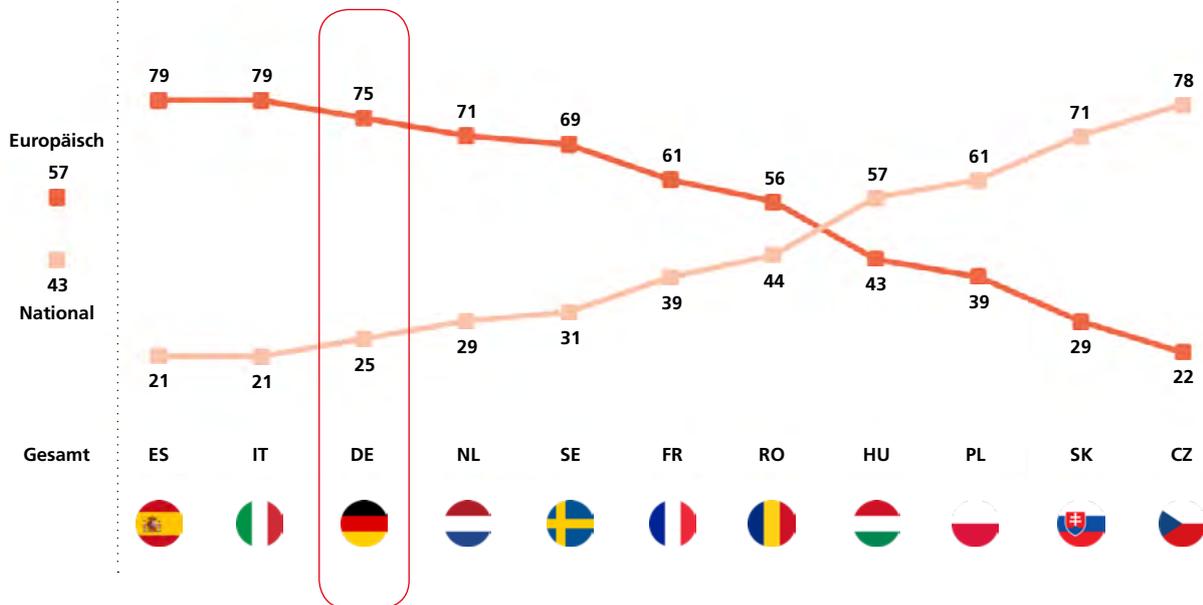
Frage: Sollten die nachfolgenden Aufgaben eher auf europäischer Ebene oder auf nationaler Ebene geregelt werden?



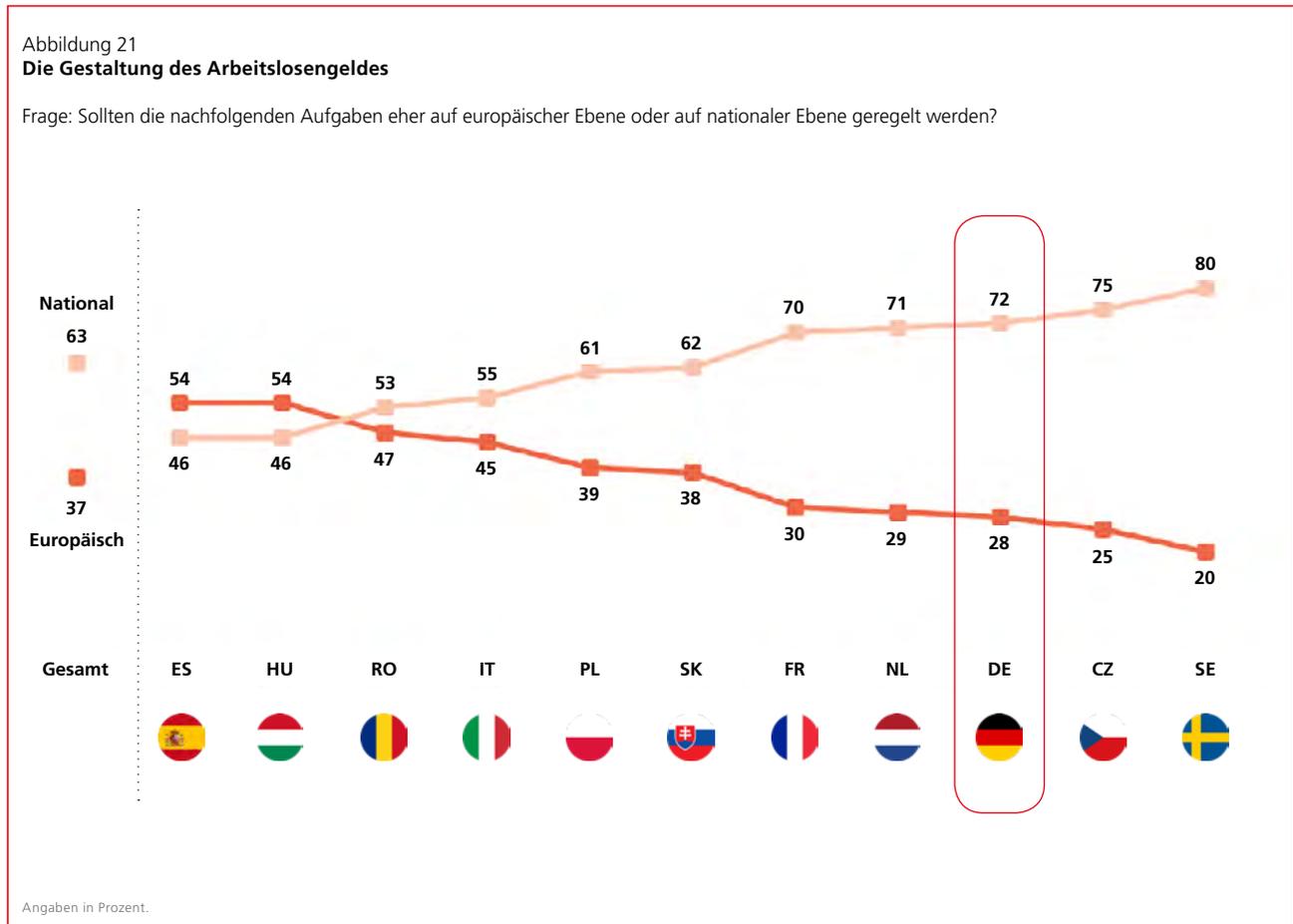
Angaben in Prozent.

Abbildung 20  
**Flüchtlingsverteilung**

Frage: Sollten die nachfolgenden Aufgaben eher auf europäischer Ebene oder auf nationaler Ebene geregelt werden?



Angaben in Prozent.



## 4.2 DURCHSETZUNG EUROPÄISCHER REGELN

Regeln können formell oder informell kodifiziert sein. Während beispielsweise Regeln zu Rechtsstaatlichkeit, Verschuldung oder Umweltschutz formeller Natur sind (festgehalten etwa im Acquis communautaire oder den Kopenhagener Kriterien), sind Regeln zu Unternehmenssteuern oder Exportüberschüssen informell und beruhen somit auf Absprachen als Durchsetzungsmechanismus. In beiden Fällen muss es einen politischen Willen geben, im Falle eines Vergehens bestehende Regeln auch durchzusetzen. Dieser politische Wille hängt nicht selten von der gesamtpolitischen Konstellation innerhalb der EU und der Stimmung im jeweiligen Land ab.

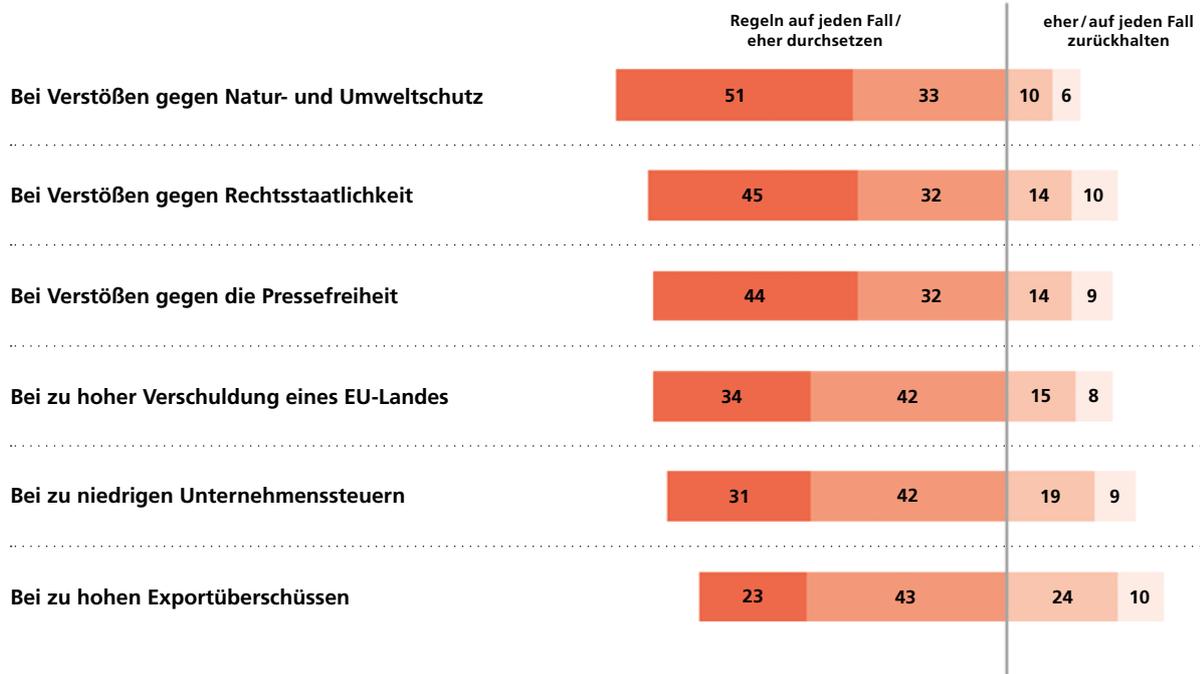
Wenn es somit nach der öffentlichen Meinung in den elf untersuchten Ländern gehen würde, müsste die EU in allen sechs im Rahmen der Studie thematisierten Bereichen stärker auf die Einhaltung von geltenden Regeln pochen. Für die Durchsetzung zentraler EU-Regeln gegenüber regelwidrig handelnden Mitgliedsstaaten votieren zwischen zwei Dritteln und vier Fünfteln der Befragten. Am wenigsten Toleranz zeigen die EU-Bürger\_innen bei Verstößen gegen Natur- und Umweltschutz. Hier plädieren 84 Prozent für eine Durchsetzung bestehender Gesetze. Jeweils drei von vier Befragten fordern von den Nationalstaaten auch regelkonformes Verhalten in Sachen Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit, aber auch bei Nichteinhaltung der strengen EU-Standards gegen eine zu hohe Verschuldung. Ähnlich deutlich fällt auch die Forderung nach Einhaltung geltender Regeln gegen Wettbewerbsverzerrungen aus, etwa durch

zu niedrig angesetzte Unternehmenssteuern (73 Prozent) oder durch zu hohe Exportüberschüsse eines Landes (66 Prozent), weil dadurch innerhalb der EU wirtschaftliche Ungleichgewichte entstehen oder verstärkt werden könnten. Letztere eher informelle Regel hat im Wesentlichen einen Adressaten: Den »Exportweltmeister« Deutschland. Umso bemerkenswerter erscheint deshalb, dass sich auch eine Mehrheit der Deutschen (54 Prozent) für eine Beschränkung von Exportüberschüssen ausspricht. Dabei wissen die Bürger\_innen auch die Gewerkschaften hinter sich, die zum Abbau der bei den Verbündeten ungern gesehenen Exportüberschüsse seit geraumer Zeit eine Verstärkung der Binnennachfrage in Deutschland durch höhere Löhne einfordern, was höhere Gestehungskosten in der deutschen Exportwirtschaft zur Folge hätte.

Die Befragten unterscheiden bei der Bewertung der Sachverhalte offenbar nicht zwischen Bereichen, in denen die EU schon heute weitgehende Durchsetzungsrechte besitzt, wie im Falle des Naturschutzes und der Verschuldung der Euro-Mitglieder, und jenen Bereichen, in denen die Nationalstaaten nach wie vor recht frei schalten und walten können, wie etwa in wirtschaftspolitischen Fragen der Unternehmenssteuern und der Exportüberschüsse. Die hohe Zustimmung zur Rolle der EU als Wahrerin gemeinsam festgelegter Regeln und Gesetze kann auch als Ausdruck des Vertrauens in die EU-Institutionen gewertet werden.

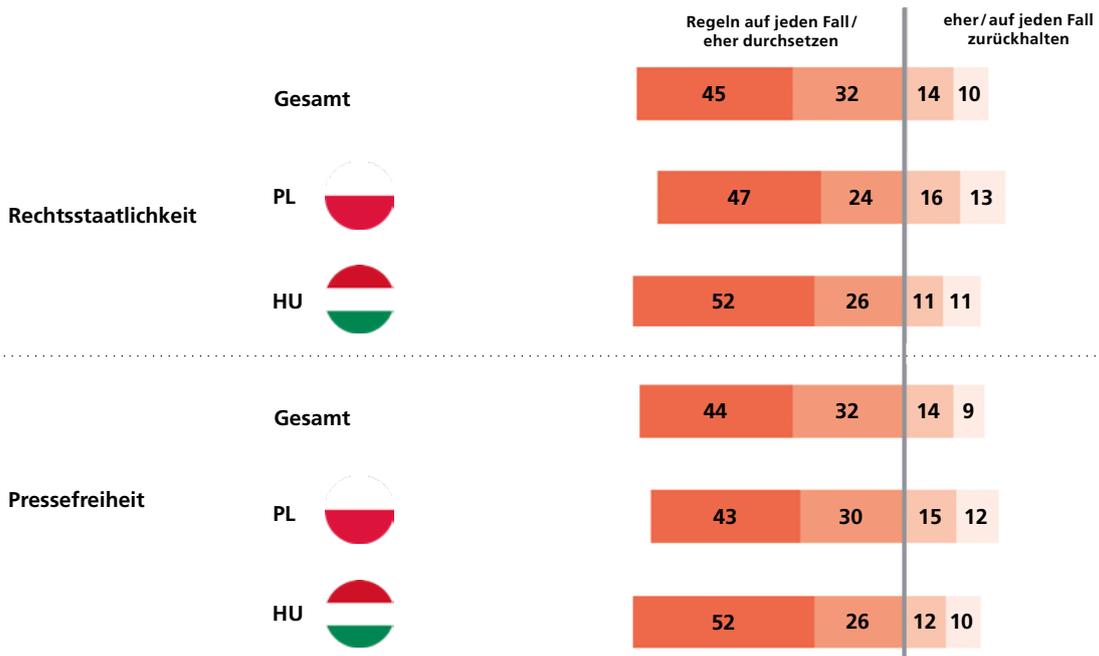
Mit Blick auf die Durchsetzung von EU-Regeln im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit stehen besonders Po-

Abbildung 22  
**Wie soll die EU bei Verstößen ihrer Mitglieder gegen ihre Regeln verfahren?**



Angaben in Prozent.

Abbildung 23  
**Wie soll die EU bei Verstößen ihrer Mitglieder gegen ihre Regeln verfahren?**



Angaben in Prozent; Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

len und Ungarn derzeit am Pranger, da diese Grundfreiheiten von der EU und einer Mehrheit der Mitgliedsstaaten hier als bedroht angesehen werden. Umstritten ist in Polen die faktische Übernahme des Verfassungsgerichts und des Obersten Gerichtshofs durch die mit absoluter Mehrheit regierende PiS-Partei. Dazu gehört auch die Einschränkung der freien Medien in Ungarn, die Viktor Orbans ebenfalls mit absoluter Mehrheit regierende Fidesz in Teilen zum verstummen brachte. Vor diesem Hintergrund mag es überraschen, dass auch die Bürger\_innen in Ungarn und Polen bei Nicht-Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit ein Eingreifen der europäischen Institutionen fordern. Bei einer Differenzierung der Ergebnisse nach Parteiwähler\_innen treten aber doch deutliche Unterschiede zutage: Während die Anhänger\_innen der PiS mit 62 Prozent mehrheitlich der Meinung sind, dass sich die EU bei der Durchsetzung des Rechtsstaats in Polen zurückhalten sollte, setzen die Anhänger\_innen der Oppositionsparteien mehrheitlich auf die Unterstützung der EU bei der Re-Demokratisierung ihres Landes. Dies fordern 93 Prozent der Anhänger\_innen der sozial-liberalen PO und 66 Prozent der Parteigänger\_innen der rechtspopulistischen Partei Kukiz '15. Und auch in Ungarn fällt die Zustimmung zu einem Eingreifen der EU zur Wahrung der Pressefreiheit unter Fidesz-Anhänger\_innen deutlich verhaltener aus (57 Prozent) als bei anderen Parteiwähler\_innen, wo dies zwischen 70 Prozent (KDNP) und 98 Prozent (DK) fordern.

# 5

## BI- UND MULTILATERALE BEZIEHUNGEN

### 5.1 ZUSTIMMUNG ZUR EU-ERWEITERUNG

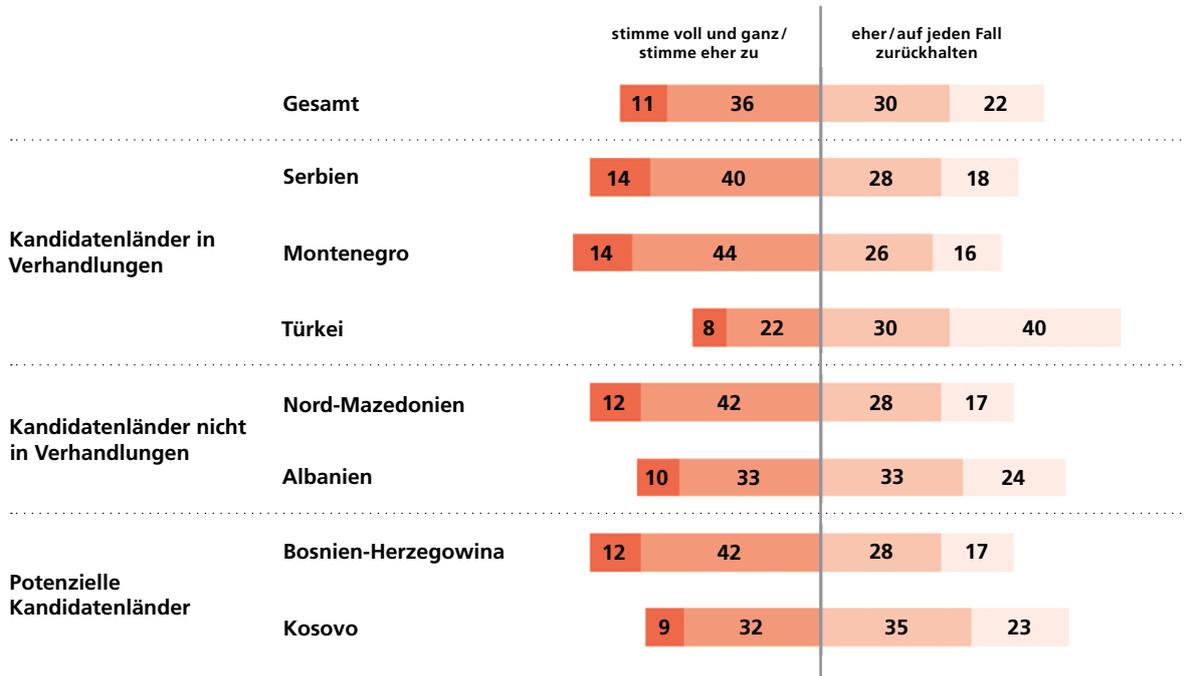
Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs wurde es zu einem vitalen Interesse der westeuropäischen Staaten, den Systemwechsel der ehemals sozialistischen Nachbarn zur Demokratie irreversibel zu machen. Die Aufnahme in die damalige Europäische Gemeinschaft, die bis zu diesem Zeitpunkt eher ein wirtschaftlicher als ein politischer Zusammenschluss war, erschien als probates Mittel, diese Unumkehrbarkeit durch Einbindung sicherzustellen, so wie es bereits mit Nachkriegsdeutschland in den 1950er-Jahren erfolgreich funktioniert hatte. Die zunächst erfolgreiche Erweiterungswelle der Jahre 2004 und 2007 kam mit dem Scheitern des Europäischen Verfassungsvertrages und der Wirtschafts- und Finanzkrise zu einem jähen Ende. Fragen nach Möglichkeiten fortgesetzter europäischer Integration unter Bedingungen eines zunehmend aversen Meinungsklimas rückten stärker in den Mittelpunkt. Gleichzeitig ließen Diskussionen um eine »Überdehnung« der EU die grundsätzliche Mitgliedschafts-

perspektive, die die EU den Ländern Südosteuropas angeboten und mehrfach bekräftigt hatte, verblassen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich somit die Frage, wie es um eine Aufnahme weiterer Länder in die EU in der öffentlichen Meinung bestellt ist. Dabei zeigt sich zunächst, dass die Befragten länderübergreifend einer weiteren Ausweitung der EU nicht grundsätzlich widersprechen, die Mitgliedschaft mancher Beitrittskandidaten sogar mehrheitlich begrüßen. Die ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens Serbien (54 Prozent), Montenegro (58 Prozent), Nordmazedonien und Bosnien-Herzegowina (beide 54 Prozent) werden mit jeweils knappen Mehrheiten grundsätzlich als neue Mitglieder akzeptiert. Albanien (43 Prozent), der Kosovo (41 Prozent) und vor allem die Türkei (30 Prozent) erfahren dagegen überwiegend Ablehnung aus den Reihen der EU-11. Dabei wird nicht nach der »Beitrittsreife« der einzelnen Länder unterschieden, denn mit Bosnien-Herzegowina wird beispielsweise ein Land als EU-Mitglied begrüßt, das seit zwei Jahrzehnten po-

Abbildung 24  
Zustimmung zur EU-Erweiterung nach Kandidatenländern

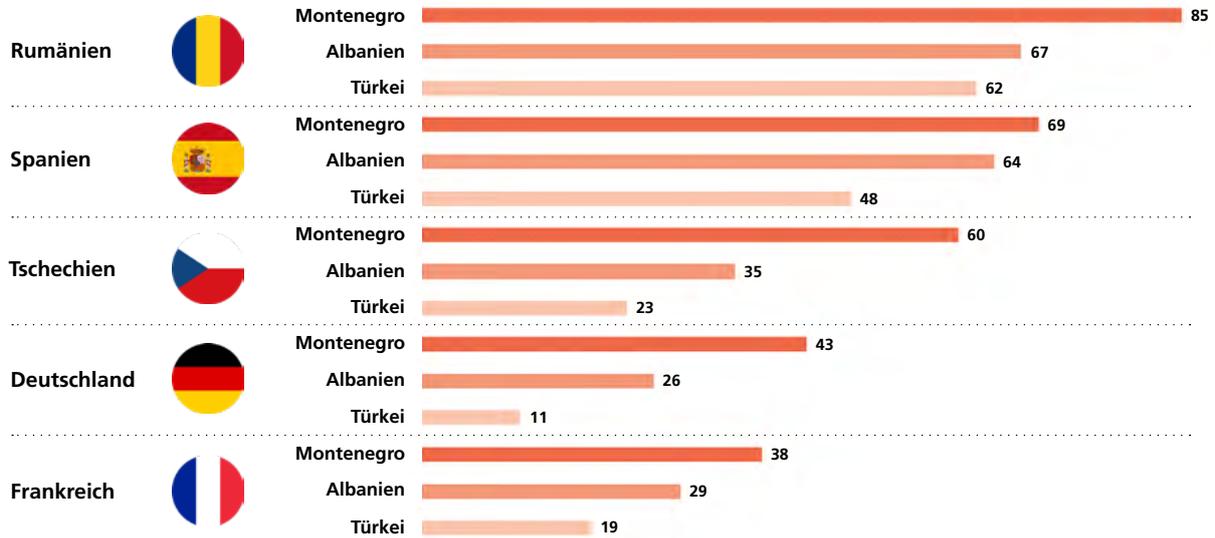
Frage: Geben Sie für jedes Land an, ob Sie dem Beitritt dieses Landes zur EU voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ihn eher ablehnen oder voll und ganz ablehnen.



Angaben in Prozent; Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Abbildung 25  
Zustimmung zur EU-Erweiterung nach Mitgliedsländern

Frage: Geben Sie für jedes Land an, ob Sie dem Beitritt dieses Landes zur EU voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, ihn eher ablehnen oder voll und ganz ablehnen.



Angaben in Prozent; Mehrfachnennungen möglich.

litisch tief gespalten ist, während Albanien als recht stabiles Land elf Prozent weniger Unterstützung erfährt. Einem Beitritt der Türkei, die sich schon seit den 60er-Jahren um eine Mitgliedschaft in der EU bemüht, stimmt nur ein knappes Drittel zu. Das Land erhielt zwar 1999 den EU-Kandidatenstatus. Seit den autoritären Verfassungsänderungen von 2018 mehren sich in der EU jedoch die Stimmen, die einen Abbruch der Beitrittsgespräche fordern.

Ähnlich wie bei der Migrationsfrage unterscheiden sich auch in der Frage der EU-Erweiterung die Haltungen der (westlichen) Altmitglieder der EU und der (östlichen) Neumitglieder deutlich. In Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Italien findet sich für keinen der sieben Beitrittskandidaten eine Mehrheit. Alle osteuropäischen Staaten stehen dagegen ihren südslawischen Nachbarn besonders wohlwollend gegenüber. Gegenüber den mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern Albanien und Kosovo zeigen allerdings die Slowak\_innen und die Tschech\_innen die gleiche Reserviertheit wie die grundsätzlich skeptischeren Westeuropäer\_innen. Bosnien-Herzegowina mit den muslimischen Bosnier\_innen als Titularnation wird dagegen auch in Tschechien und der Slowakei offenbar eher als slawischer Bruderstaat und somit als gern gesehener Beitrittskandidat wahrgenommen. Rumänien spielt insoweit eine Sonderrolle, als es als einziges der elf Länder auch die Türkei mehrheitlich (61 Prozent) willkommen heißen.

Wie schon erwähnt, sehen Mehrheiten in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Italien die Perspektive eines Beitritts bei allen zur Disposition stehenden Ländern überwiegend skeptisch. Das Zustimmungsniveau der EU-Gründungsstaaten ist dabei proportional zum ungefähren Wohlstandsniveau

der Kandidatenländer. Während sich beispielsweise etwa 40 Prozent in den vier genannten Mitgliedsstaaten Montenegro als künftigen Partner vorstellen können, liegt die Befürwortung bei Albanien und dem Kosovo bei etwa 30 Prozent. Die Türkei erreicht bei den vier beitragsversenden Ländern um die 20, in Deutschland sogar nur 11 Prozent positive Voten. Zu dieser ausgeprägten Abwehrhaltung dürften die erheblichen Verstimmungen beigetragen haben, die unter anderem die türkische Verhaftungswelle nach dem Putschversuch in 2016, die auch deutsche Staatsbürger\_innen betraf, sowie die Einschränkungen der Pressefreiheit auslösten.

## 5.2 VERTRAUEN IN MITGLIEDSLÄNDER

Die Stärke der EU liegt nicht in erster Linie im Verhältnis der Mitgliedstaaten zu Brüssel, sondern im Verhältnis der Mitgliedstaaten untereinander. Wenn eine starke Organisation mehr als die Summe ihrer Bestandteile ist, dann ist dieses »mehr« das Vertrauen, das die Länder einander entgegenbringen. Stellvertretend für alle Mitglieder wurde, wie in den Jahren zuvor, das Vertrauen in die drei größten Mitgliedsländer Deutschland, Frankreich, Italien sowie in Polen, dem größten östlichen Mitgliedsland, erhoben.

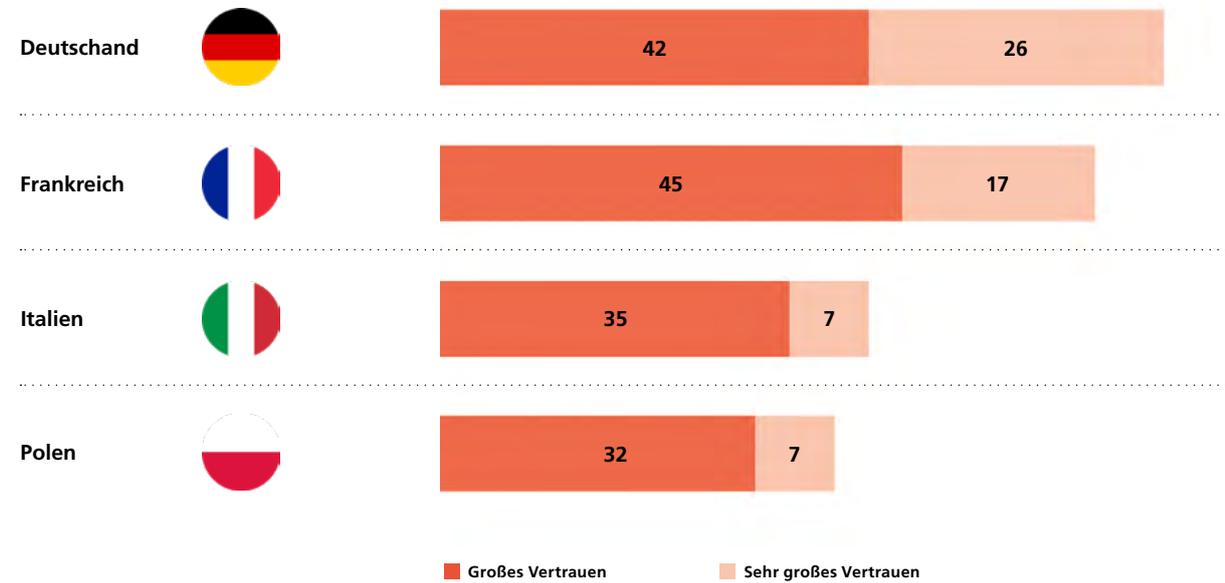
Wie in den Vorjahren wird länderübergreifend Deutschland mit 68 Prozent unverändert am meisten Vertrauen entgegengebracht.<sup>5</sup> Ähnlich stark ausgeprägt ist mit 62

<sup>5</sup> In die Außenwahrnehmung fließen die Bewertungen aller Länder außer des eigenen ein. Die Zeitvergleiche wurden wie zuvor auf Grundlage der EU-8 berechnet und im Text daher nur mit ihrer Tendenz erwähnt, nicht mit absoluten Angaben.

Abbildung 26

**Vertrauen unter den Mitgliedstaaten – ohne Selbstnennungen**

Frage: Wenn Sie an ... als Mitglied der EU denken: Haben Sie da sehr großes, großes, wenig oder gar kein Vertrauen?



Angaben in Prozent.

Prozent auch das Vertrauensverhältnis zu Frankreich. Und ungebrochen ist auch das gegenseitige Vertrauen von Deutschen und Französ\_innen. Mit Blick auf die anstehenden Herausforderungen für die EU ist dies eine gute Nachricht, bildet doch die enge Partnerschaft der beiden »Führungsmächte« Deutschland und Frankreich eine zentrale Voraussetzung für die Bewältigung dieser Herausforderungen. Demgegenüber wird Italien und Polen eher mit einem gewissen Misstrauen begegnet. Dies war vor zwei Jahren nicht anders, allerdings schnitt Polen damals noch deutlich schlechter ab. Die Verbesserung liegt allerdings in erster Linie daran, dass mit Ungarn und Rumänien zwei osteuropäische Länder hinzukamen, deren Bevölkerung sich aufgrund gemeinsamer schlechter Erfahrungen in Zeiten des Warschauer Paktes stärker als andere den Pol\_innen verbunden fühlen.

Die Beziehungen zu den vier Ländern weisen von Land zu Land kleinere, bisweilen aber auch markante Unterschiede auf. Zu Deutschland haben vor allem Spanier\_innen (87 Prozent), Schwed\_innen (84 Prozent) und die Niederländer\_innen (82 Prozent) ein ausgesprochen vertrauensvolles Verhältnis. In weiteren sechs Ländern überwiegen die positiven Stimmen, einzig in Polen und in Italien halten sich Vertrauen und Misstrauen die Waage. Eine sehr ähnliche Konstellation ergibt sich für Frankreich, das vor allem von den Spanier\_innen (86 Prozent), den Deutschen (75 Prozent) und den Schwed\_innen (74 Prozent) als vertrauenswürdiger Partner geschätzt wird, während Italiener\_innen (36 Prozent) und Pol\_innen (42 Prozent) dem EU-Partnerland derzeit wenig Vertrauen schenken. Im Falle Italiens sei allerdings darauf hingewiesen, dass dieses gestörte Vertrauensverhältnis zwischen Frankreich und Italien schon

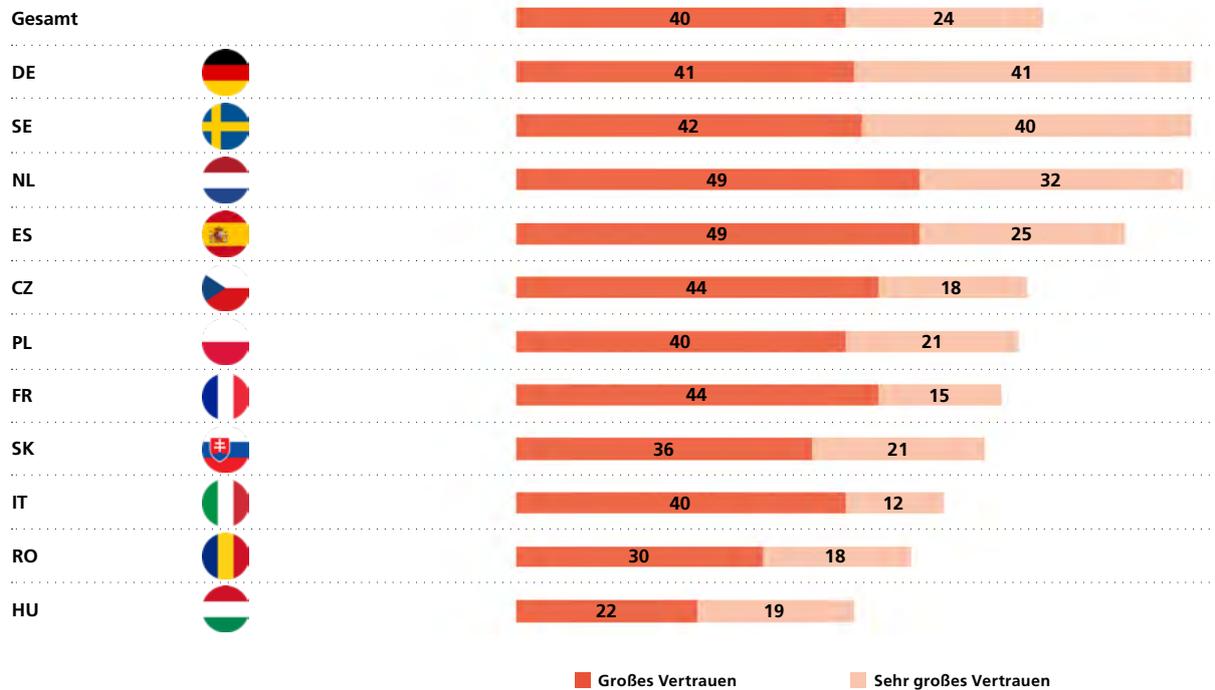
weiter zurückreicht und nicht etwa erst mit den Regierungsübernahmen von Macron in Paris und Di Maio und Salvini in Rom begann. Polen wird mit 39 Prozent insgesamt das geringste Vertrauen in den zehn Partnerländern entgegengebracht, konnte aber sein Ansehen gegenüber 2017 deutlich verbessern (+18 Prozentpunkte). Deutlich verbessert hat sich das Polenbild in Spanien (+21), der Slowakei (+20), Tschechien (+19), in Frankreich (+19). Die Schwed\_innen, Deutschen (beide 25 Prozent) und die Niederländer\_innen (19 Prozent) haben unverändert das geringste Vertrauen, wobei das Misstrauen weniger die Pol\_innen als die amtierende polnische Regierung betreffen könnte.

Erhoben wurde auch das Vertrauen, das die Bürger\_innen in das jeweils eigene Land setzen. Ausgesprochenes Selbstbewusstsein zeigen dabei vor allem die Deutschen und die Schwed\_innen (je 82 Prozent) sowie die Niederländer\_innen (81 Prozent) – alles Länder mit einer sehr positiven Wirtschaftsbilanz. Es folgen die Spanier\_innen (74 Prozent), die mit berechtigtem Stolz auf die weitgehende Überwindung der Wirtschaftskrise blicken können. Von den mittelosteuropäischen EU-Ländern zeichnen sich vor allem die Pol\_innen (62 Prozent), die Tschech\_innen (61 Prozent) sowie die Slowak\_innen durch ein ausgeprägtes Vertrauen in die eigene Nation aus, wovon Rumän\_innen (48 Prozent) und vor allem Ungar\_innen (41 Prozent) noch weit entfernt sind.

Einen Sonderfall stellen Italien und Frankreich dar, nach dem bevorstehenden Ausscheiden Großbritanniens immerhin die zweit- und drittgrößten EU-Nationen nach Bevölkerung und Wirtschaftskraft. Beide Nationen plagten

Abbildung 27  
**Vertrauen ins eigene Land**

Frage: Wenn Sie an ihr eigenes Land als Mitglied in der EU denken: Haben Sie da sehr großes, großes, wenig oder gar kein Vertrauen?



Angaben in Prozent; Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

sich bereits 2015 mit erkennbaren Selbstzweifeln, die in Italien bis heute unverändert anhalten. Bei den Französ\_innen zeichnete sich nach dem Wahlsieg Macrons eine Wende zum Besseren ab. Hatten zuvor nur gut die Hälfte der Französ\_innen Vertrauen in die Grande Nation, stieg der Anteil 2017 auf zwei Drittel. Dieser Umschwung war allerdings nicht nachhaltig. In der aktuellen Erhebung fiel der Anteil wieder unter die 60-Prozent-Marke. Heute haben die Französ\_innen weniger Vertrauen in ihre Nation als die Partnerländer, was wahrscheinlich eher mit den Verwerfungen in der französischen Gesellschaft (Stichwort »Gelbwesten«) als mit außen- oder europapolitischen Aspekten zu tun hat. Die geringe Unterstützung, die Macrons europapolitische Initiativen bei den Partnern gefunden haben, dürfte dabei auch eine gewisse Rolle gespielt haben, zeigt sie doch, dass Frankreichs Führungsanspruch in der Europäischen Gemeinschaft brüchig geworden ist.

# 6

## DIE POLITISCHE STIMMUNG VOR DER EUROPAWAHL

### 6.1 BEDEUTUNG DER EUROPAWAHL

Die Europawahl befreit sich nur mühsam von dem Stigma, im Vergleich zu den nationalen Wahlen eine »Wahl zweiter Ordnung« zu sein. Dabei hat das Europaparlament zwar über die Jahre kontinuierlich an Macht und Kompetenzen hinzugewonnen und das nicht nur in einzelnen Politikfeldern, sondern auch gegenüber den exekutiven Institutionen wie der Kommission, dessen Präsidenten es nun faktisch bestimmen kann. Dem steht eine seit der ersten Europawahl 1974 kontinuierlich fallende Wahlbeteiligung gegenüber von ehemals knapp 62 Prozent auf 43 Prozent bei der letzten Abstimmung im Jahr 2014.

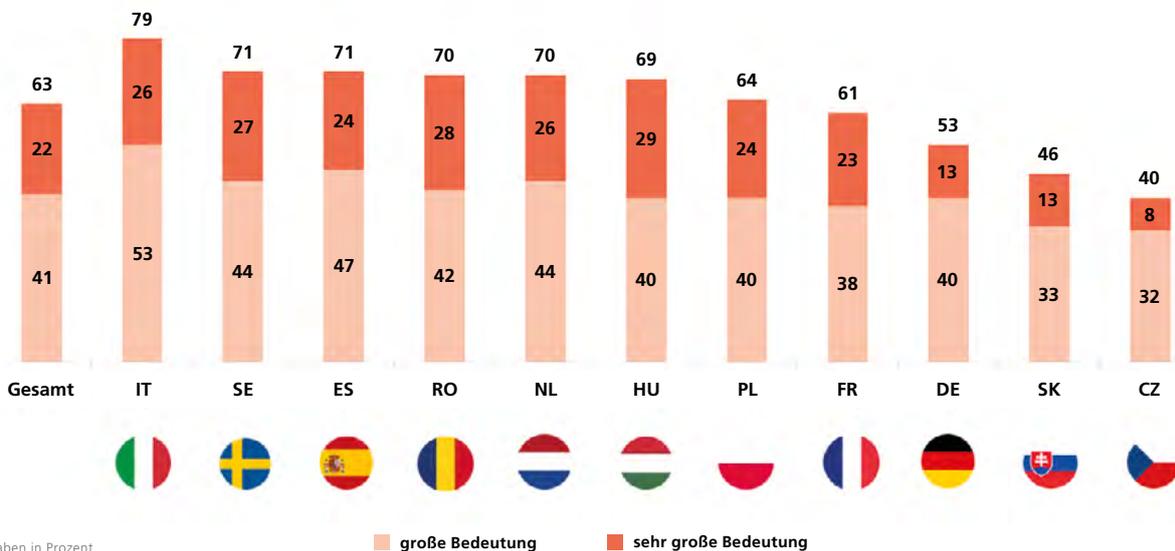
Der anstehenden Europawahl messen über die elf Länder 63 Prozent der Befragten eine große Bedeutung bei. Das ist sicherlich alles andere als eine Garantie für eine hohe Wahlbeteiligung, aber möglicherweise ein Indiz dafür, dass die Wahlbeteiligung erstmals nicht mehr rückläufig sein wird, sondern sogar steigen könnte. Dafür spricht auch, dass das Interesse an Europa und der Europäischen Union in den letzten Jahren gestiegen ist, nachdem in der aktuellen politischen Auseinandersetzung europapolitische The-

men wieder an Relevanz gewonnen haben. Die außenpolitischen Krisen an den Rändern Europas, die Irritationen in der Partnerschaft mit den USA und vor allem der Brexit haben die Bürger\_innen – dies belegt nicht zuletzt die vorliegende Studie – stärker für die Bedeutung der Europäischen Union und für den Wert einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit sensibilisiert.

Die anstehende Europawahl trifft nicht in allen erfassten elf Ländern auf gleichermaßen großes Interesse. In neun Staaten messen die Bürger\_innen dem Urnengang mehrheitlich eine hohe Priorität bei, nur in zwei Ländern – der Slowakei und Tschechien – gilt die Wahl der großen Mehrheit der Bevölkerung als wenig bedeutsam. Beide Länder wiesen bei der letzten Europawahl auch die mit Abstand niedrigsten Beteiligungsraten auf (13 bzw. 18 Prozent). Den höchsten Stellenwert hat die Europawahl in Italien, wo acht von zehn Wahlberechtigten der Abstimmung eine sehr große oder große Bedeutung zuschreiben. Dies ist nicht überraschend, denn die Wahlbeteiligung in Italien lag bei Europawahlen bislang meist höher als in vielen anderen Ländern. Verstärkend dürfte hinzukommen, dass das Land seit geraumer Zeit im Fokus der EU-Kommission steht, die

Abbildung 28  
Bedeutung der Europawahl

Frage: Welche Bedeutung messen Sie persönlich der kommenden Europawahl bei?



Angaben in Prozent.

■ große Bedeutung ■ sehr große Bedeutung

von Italien Sparmaßnahmen einfordert. Die neue Regierung von Cinque Stelle und der Lega nutzte zuletzt die Auseinandersetzungen mit Brüssel und mit dem Nachbarland Frankreich auch für ihre innenpolitische Profilierung. Das hohe Interesse an der Wahl spiegelt aber auch die hohe Bereitschaft der Italiener\_innen wider, die europäische Kooperation zu intensivieren. Etwas überraschender erscheint eher das große Interesse, das auch die Bürger\_innen in Polen, Ungarn und Rumänien der anstehenden Wahl entgegenbringen, denn in diesen Ländern lag die Wahlbeteiligung 2014 durchweg unter dem EU-Durchschnitt. Die gestiegene Aufmerksamkeit dürfte zumindest auch mit der Migrationsfrage zu tun haben, die die Bürger\_innen dieser Länder umtreibt. Die Forderung der EU-Kommission und vieler Partnerländer, dass auch die Visegrád-Staaten ihren Anteil an der Aufnahme von Flüchtlingen leisten sollen, gibt der anstehenden Wahl einen starken emotionalen Akzent. Für die deutschen Wahlberechtigten hat die Europawahl eine mittlere Relevanz. Eine knappe Mehrheit (53 Prozent) erachtet sie als wichtig, fast ebenso viele verneinen dies. Gleichwohl käme ein Anstieg der Wahlbeteiligung nicht überraschend, denn in den letzten Jahren war bei allen Wahlen ein zum Teil deutlicher Anstieg des Urnengangs zu verzeichnen. Auch an dieser Entwicklung hat die Migrationspolitik einen entscheidenden Anteil, denn diese Frage beschäftigt die Deutschen wie keine andere<sup>6</sup> und sie polarisiert wie keine andere. Positiv ist hier zu verbuchen, dass sich die Deutschen wieder stärker mit Politik auseinandersetzen, was sich nicht zuletzt in den höheren Beteiligungszahlen bei Wahlen äußert.

## 6.2 VERTRETUNG IN DER EU

Mit Blick auf die Parteien, die die Interessen des eigenen Landes am besten in der EU vertreten, ist das Bild nicht von der Dominanz der beiden Volksparteifamilien geprägt, sondern von einer zunehmenden Fragmentierung des europäischen Parteienspektrums mit besonders starken Ausschlägen am rechtspopulistischen Rand und der größten Stimmenkonzentration auf der Kategorie »keine Partei«. Von den in der EVP, der konservativen Fraktion im Europaparlament, zusammengeschlossenen Parteien erwarten unverändert nur 17 Prozent der Wähler\_innen, die Interessen des eigenen Landes in der EU am besten zu vertreten. Den Parteien der sozialdemokratischen S&D Fraktion wollen länderübergreifend sogar nur noch 13 Prozent der Befragten ihre nationalen Belange anvertrauen, was noch einmal einen leichten Rückgang gegenüber 2017 bedeutet. Acht Prozent setzen eher auf liberale Parteien der ALDE-Fraktion, drei Prozent auf die linke Fraktion und nur ein Prozent auf die Fraktion der europäischen Grünen.

Diesen durchweg europafreundlichen Parteigruppen stehen die mehr oder weniger EU-kritischen Parteien des rechtspopulistischen Spektrums gegenüber. Bei diesen in verschiedenen Fraktionen zusammengeschlossenen Partei-

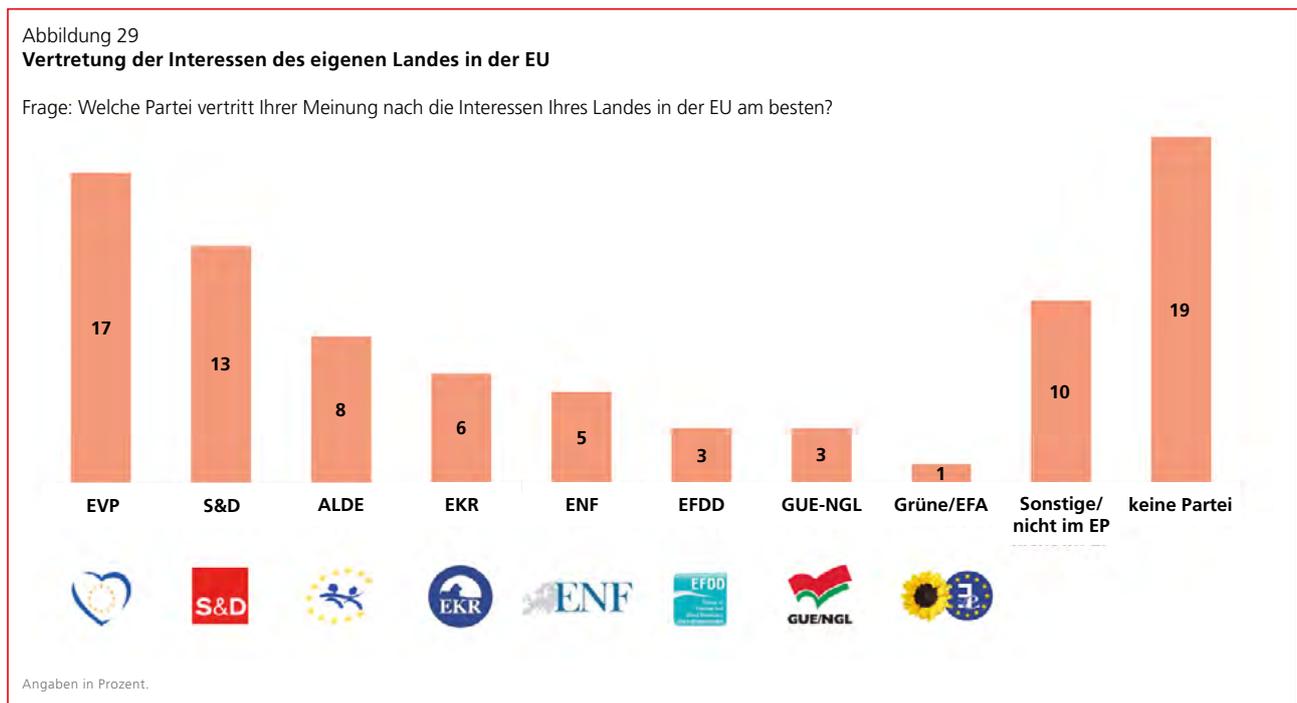
en sehen insgesamt 14 Prozent der Wähler\_innen die Interessen ihres Landes im Europaparlament am besten aufgehoben. Dieser Wert entspricht dem schon 2017 gemessenen Anteil.

Bleibt noch das deutliche Anwachsen des Vertrauens in die Gruppe der sonstigen Parteien zu erwähnen – ein deutliches Zeichen wachsender Volatilität in (fast) allen EU-Staaten. Am deutlichsten machte sich dieser Trend zuletzt in Frankreich bemerkbar, wo mit La République en Marche von Emmanuel Macron und der links-populistischen La France insoumise von Jean-Luc Mélenchon in den letzten drei Jahren zwei große Parteien neu entstanden sind, die noch nicht im Europäischen Parlament vertreten sind. Zum anderen sind die nationalen Parteiensysteme vor allem im rechtsextremen und rechtspopulistischen Bereich seit der letzten Europawahl in Bewegung geraten. Die deutlichen Wahl- bzw. Umfrageerfolge der rechtspopulistischen polnischen Kukiz '15 und der rechtsextremen Parteien Vox (Spanien) oder Svoboda a přímá demokracie (Tschechien) sind noch zu frisch, um ihren Niederschlag im EP zu finden. Die rechtsextreme Jobbik aus Ungarn hingegen ist bereits seit 2009 im EP vertreten, verzichtete bislang aber auf eine Fraktionszugehörigkeit.

Über die elf Länder verteilt sich das Vertrauen, das die Bürger\_innen den Parteien bei der Wahrung der Interessen ihres Landes in der EU entgegenbringen, durchaus unterschiedlich, weist in einem zentralen Punkt jedoch eine Gemeinsamkeit auf: Es wird größtenteils jenen Parteien entgegengebracht, die auf nationaler Ebene bereits mit der Vertretung der Bevölkerung in der Regierung beauftragt worden sind. Dies gilt insbesondere für Italien, wo die rechtsnationale Lega und die populistische Fünf-Sterne-Bewegung gemeinsam 48 Prozent des Vertrauens der italienischen Befragten auf sich vereinigen. In Ungarn fühlen sich die Bürger\_innen am besten durch Viktor Orbáns Fidesz-Partei in Brüssel vertreten (36 Prozent). Auch in Deutschland bindet die Union das mit Abstand größte Vertrauen (29 Prozent) bei der Durchsetzung nationaler Interessen in Brüssel, die SPD liegt dagegen bei nur 12 Prozent, gefolgt von der AfD mit 9 Prozent. In Schweden liegen die Sozialdemokraten mit 28 Prozent relativ klar vor den Konservativen (23 Prozent), in Spanien die PSOE (21 Prozent) nur knapp vor der PP (20 Prozent). In Frankreich hat Macrons La République en Marche nach deutlichen Verlusten gegenüber 2017 mit 17 Prozent nur noch einen knappen Vorsprung vor Le Pens Rassemblement National mit 15 Prozent. Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel: In Polen wird der PO, der politischen Heimat des Präsidenten des Europäischen Rats Donald Tusk, mit 30 Prozent etwas mehr vertraut als der regierenden rechtskonservativen PiS (27 Prozent). Auch in Rumänien wird der oppositionellen konservativen UDMR mehr bei der Vertretung der Interessen des Landes in Brüssel zugetraut (17 Prozent) als den regierenden Sozialdemokraten der PSD (13 Prozent).

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn nach der Partei gefragt wird, die sich am stärksten um den Zusammenhalt in der Europäischen Union kümmert. Hier besitzen länderübergreifend die konservativen Parteien mit 18 Prozent bei den

<sup>6</sup> Im ZDF-Politikbarometer rangiert die Flüchtlingsfrage seit Herbst 2015 klar an der Spitze der wahrgenommenen, dringlichen Probleme in Deutschland.



Bürger\_innen einen Vertrauensvorsprung gegenüber den Sozialdemokraten, bei denen nur 14 Prozent die Zukunft der EU am besten aufgehoben sehen. Den konservativen Parteien vertrauen die Bürger\_innen tendenziell auch im Bereich der äußeren und inneren Sicherheit sowie in ökonomischen Fragen. In Hinblick auf die Sicherung von Arbeitsplätzen liegen konservative und sozialdemokratische Parteien in der Wählergunst gleichauf. Einen Vorzug genießen Sozialdemokraten vor allem in Bezug auf die Stärkung der Arbeitnehmer\_innenrechte sowie bei der Wahrung oder Wiederherstellung von sozialer Gerechtigkeit. Letzteres ist allerdings keineswegs in allen Ländern der Fall: Höheres Vertrauen als andere Parteien genießen sie hier nur in Schweden (37 Prozent), der Slowakei (24 Prozent) sowie in Deutschland und Spanien (jeweils 21 Prozent). Den Grünen wird vor allem in der Umweltpolitik vertraut.

Die rechtspopulistischen bzw. rechtsradikalen Parteien verdanken ihren Aufschwung in erster Linie der in allen Ländern vielbeachteten Flüchtlingspolitik. In diesem Bereich werden sie keineswegs nur als bloße Protestpartei wahrgenommen, hier wird ihnen in manchen Ländern heute sogar eine größere Lösungskompetenz zugesprochen als anderen Parteien, so etwa der Lega in Italien (38 Prozent), den Schwedendemokraten in Schweden (27 Prozent), der Partij voor de Vrijheid (PVV) in den Niederlanden (21 Prozent), dem Rassemblement National in Frankreich (16 Prozent) und auch der AfD in Deutschland (17 Prozent). Auch bei der Bekämpfung von Kriminalität, die bislang zur Kernkompetenz konservativer Parteien gehörte, setzt in einigen Staaten eine wachsende Zahl von Bürger\_innen heute auf rechte Parteien, etwa auf die italienische Lega (42 Prozent), den französischen Rassemblement National (23 Prozent), die niederländische PVV von Wilders (22 Prozent) und auf die deutsche AfD (15 Prozent). Gerade mit den stark emotional behafteten Themen Migration und Kriminalität lassen sich

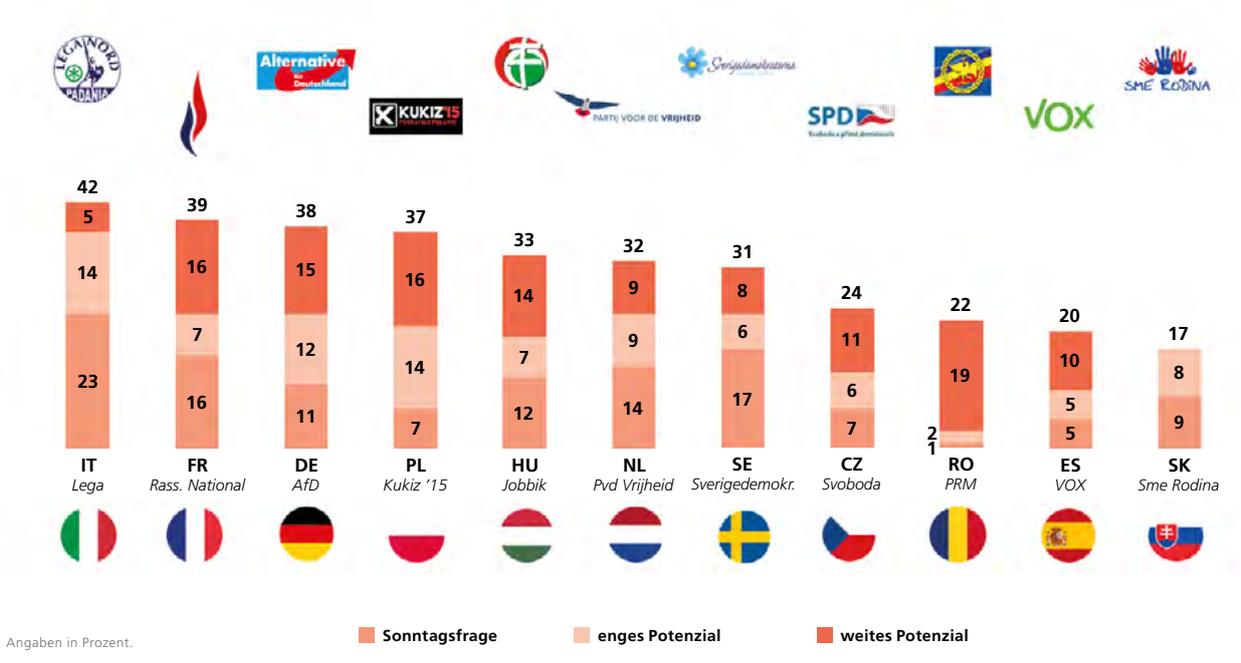
erfahrungsgemäß kurzfristig Wähler\_innen mobilisieren. Mit Blick auf die Europawahl stellt sich deshalb weniger die Frage, ob im künftigen Europäischen Parlament rechte Parteien stärker vertreten sein werden als im heutigen, sondern wie viele Abgeordnete sie gewinnen werden. Dies erscheint schon deshalb als wahrscheinlich, weil in manchen Ländern zwischenzeitlich neue rechtsgerichtete Parteien entstanden sind, die, wie etwa die Vox-Partei in Spanien, dort auf bemerkenswerte Resonanz stoßen.

### 6.3 RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IN EUROPA

Eine Schwächung, wenn nicht sogar Bedrohung der EU durch rechtspopulistische und rechtsradikale Kräfte lässt sich an dem ermittelten Wählerpotenzial für rechtsgerichtete Parteien erkennen. Nach leicht rückläufiger Tendenz ist dieses Potenzial wieder angestiegen, in manchen Ländern sogar ausgesprochen besorgniserregend. So hat sich das weitest mögliche Wählerreservoir der Lega in Italien beispielsweise von 35 im Jahr 2017 auf jetzt 42 Prozent der Wahlberechtigten gegenüber 2017 erhöht (+7). Es setzt sich zusammen aus den Wahlberechtigten, die bei einer eventuellen nationalen Wahl der Lega die Stimme geben, sie als Zweitpräferenz angeben (enges Wählerpotenzial) oder zumindest ihre Wahl nicht ganz ausschließen (weites Wählerpotenzial). Schon bei der zurückliegenden Parlamentswahl hat die Lega gezeigt, dass sie durchaus in der Lage ist, dieses Potenzial auch in Stimmen umzusetzen. Auch das weiteste Potenzial des Rassemblement National mit 39 Prozent (+1) und der PVV mit 32 (−2) liegen nach einem kurzen Rückgang des Jahres 2017 wieder dicht bei den Werten des Jahres 2015. Noch besorgniserregender ist die Entwicklung bei der AfD, die elf Prozent der Wahlberechtigten in Deutschland als präferierte Partei anführten,

Abbildung 30  
**Wählbarkeit rechtspopulistischer Parteien**

Sonntagsfrage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Parlamentswahl wäre?  
 Enges Potenzial: Welche Partei könnten Sie sich vorstellen am ehesten zu wählen? Welcher Partei würden Sie noch am ehesten Ihre Stimme geben?  
 Weites Potenzial: Käme es für Sie grundsätzlich in Frage, die ... zu wählen?



weitere zwölf als Zweitpräferenz und 15 Prozent, die eine Stimmabgabe für diese Partei nicht völlig ausschließen wollten. Das weiteste Wählerpotenzial stieg damit gegenüber 2015 um 23 Prozentpunkte (!) auf jetzt 38 Prozent. Die Barrieren, die nach wie vor die große Mehrheit der Wähler\_innen davon abhält, auch nur an eine Stimmabgabe zu Gunsten der rechtspopulistischen AfD zu denken, nehmen offenbar ab. Auch die weit rechts der Mitte stehende polnische Kukiz '15 in Polen, die ungarische Jobbik, Wilders »Partei der Freiheit« und die Schwedendemokraten verzeichnen eine bedenklich hohe Resonanz bei den Wahlberechtigten. Hinzu kommen aus dem Stand erfolgreiche Neugründungen zum Teil rechtsextremer Parteien in Tschechien, der Slowakei und zuletzt auch in Spanien, wo die VOX noch bei der Nationalwahl 2016 keine Rolle gespielt hatte.

Mit Blick auf die Wählerstruktur fällt auf, dass die Wähler\_innen rechter Parteien eher männlich sind, sich selbst überwiegend zur Unterschicht rechnen und zumeist in ländlichen Gebieten leben. Dies gilt insbesondere für die Unterstützer der Lega, der Schwedendemokraten, der Kukiz '15, aber auch der AfD, deren Wähler\_innen zudem noch etwas öfter aus Ost- als aus Westdeutschland kommen. In manchen Ländern kommt ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle hinzu, etwa in Schweden und in Frankreich.

## 7

## FAZIT

Die Europäische Union steht im Frühjahr 2019 vor einer Zäsur. Zum ersten Mal wird ein Mitgliedsstaat aus der Gemeinschaft austreten. Dies ist nicht nur symbolisch ein schwerer Schlag für die EU, die bislang nur Mitgliederzuwachs erlebte. Mit Großbritannien verlässt der nach Bevölkerung drittgrößte, nach Wirtschaftskraft zweitgrößte Staat die Gemeinschaft, der zudem wie kaum eine andere Nation für die Demokratisierung Europas steht. Dieser Abgang wird finanzielle und politische Lücken reißen.

Auch wenn zwei Jahre nach dem Austrittsbeschluss in UK die Zweifel wachsen, ist der Ausstieg doch Anlass genug für eine grundlegende Selbstvergewisserung der Europäischen Union, zumal die Herausforderungen für ihre Mitglieder nicht geringer geworden sind. Außerhalb der Gemeinschaft sind neue starke Wettbewerber entstanden, an ihren Grenzen sieht sich die EU mit zahlreichen kriegerischen Konflikten und mit autoritären Machthabern konfrontiert, zudem hat die traditionelle Partnerschaft mit den USA Risse bekommen. Und als wäre dies nicht genug, gerät auch die politische Ordnung innerhalb der EU in Bewegung. Die Zeiten, wo zwei große politische Lager – das konservative und das sozialdemokratische – in den Ländern und im EU-Parlament die politische Mehrheit unter sich ausmachten, sind vorbei. Die Parteienlandschaft ist bunter geworden, in den letzten Jahren gewannen vor allem nationalistische, rechtsgerichtete Kräfte an Bedeutung – Kräfte, die der EU kritisch bis ablehnend gegenüberstehen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich verstärkt die Frage, wie die Bürger\_innen in den EU-Staaten auf diese Entwicklungen reagieren, wie sie die EU wahrnehmen und welche politischen Konsequenzen sie daraus ziehen. Denn in diesen schwierigen Zeiten ist die EU, sind die EU-Mitgliedsländer in ihrer Europapolitik auf den breiten Rückhalt ihrer Bürger\_innen angewiesen. Die hier vorliegende Studie ist diesen Fragen mit Hilfe von repräsentativen Bevölkerungsbefragungen in elf EU-Staaten nachgegangen. Insgesamt geben die Befunde Anlass zur Hoffnung, gleichwohl sind Tendenzen einer Renationalisierung nicht zu leugnen.

Die Europäische Union gilt in der Bevölkerung der elf erfassten Länder nach wie vor als Garant für Frieden, Freiheit und Demokratie. Sie steht auch für wirtschaftlichen Fortschritt und wieder – nach mehrheitlichem Zweifeln in 2015 – für steigenden Wohlstand. Hervorgehoben wird auch ihre soziale Grundausrichtung, auch wenn in Bezug auf Gerechtigkeit vielfach Defizite beklagt werden. Völlig vermochte sich die Europäische Union noch nicht von ihrem

Image befreien, ein Eliteprojekt zu sein, gilt sie doch nach wie vor eher als arbeitgeber- denn als arbeitnehmerfreundlich. Gleichwohl wird die EU auch unter Kosten-/Nutzen-Erwägungen in neun der elf Länder als vorteilhaft begriffen. Die einzige Ausnahme bilden neben den durchweg EU-skeptischen Tschech\_innen die Französ\_innen. In Frankreich scheint zwei Jahre nach der Wahl Macrons die Aufbruchstimmung schon wieder verflogen. Wie bereits unter der Vorgängerregierung wird die EU-Mitgliedschaft Frankreichs heute wieder verstärkt mit Nachteilen assoziiert. Anders als die Brit\_innen ziehen die Französ\_innen daraus allerdings nicht den Schluss, der EU den Rücken zu kehren. Im Gegenteil: In Frankreich wie auch in neun weiteren Ländern spricht sich jeweils eine deutliche Mehrheit für eine Verstärkung der Zusammenarbeit der europäischen Länder aus – einzige Ausnahme wieder Tschechien, wo sich Befürworter\_innen und Gegner\_innen einer verstärkten Kooperation die Waage halten.

Vorteile einer verstärkten Kooperation werden insbesondere in der Außenpolitik, im Bereich der äußeren und inneren Sicherheit, beim Daten- und Verbraucherschutz sowie auf dem Energiesektor gesehen. In all diesen Politikfeldern wird eine Verlagerung der Zuständigkeiten von der nationalen auf die europäische Ebene eingefordert. In anderen Bereichen sprechen sich die Bürger\_innen allerdings ebenso klar gegen eine Kompetenzverschiebung in Richtung EU aus, so etwa in der Haushaltspolitik sowie bei der Regelung der Arbeitslosen- und der Rentenbezüge. Speziell in Deutschland, Schweden, Frankreich und den Niederlanden gilt der Nationalstaat den Bürger\_innen als Garant für die hohen nationalen sozialen Leistungsstandards. Das schließt allerdings das Streben nach mehr Gerechtigkeit innerhalb der EU nicht aus. Die verbindliche Einführung eines bedarfsdeckenden Mindestlohns sowie sozialer Mindeststandards in allen EU-Staaten erfährt in allen elf Ländern ausgesprochen hohe Zustimmung. Breite Unterstützung findet auch die Forderung des französischen Präsidenten nach Bildung eines europäischen Fonds zur Unterstützung von Mitgliedsstaaten, die unverschuldet in eine wirtschaftliche Krise geraten.

Ein tiefgreifender Dissens besteht in der Migrationspolitik, die nach wie vor auf der Problemagenda weit oben rangiert. Die höchste Aufmerksamkeit erfährt dieser Bereich in den Visegrád-Staaten, trotz des dort geringen Anteils an Migrant\_innen. In Ungarn, Polen, in der Slowakischen und in der Tschechischen Republik wehren sich die Bürger\_innen mehrheitlich gegen die Zuständigkeit der EU bei der

Verteilung der Flüchtlinge. Ihre Regierungen können sich in ihrer Weigerung, Flüchtlinge nach einem von der EU festgelegten Schlüssel aufzunehmen, der mehrheitlichen Unterstützung ihrer Bevölkerung sicher sein. Einig sind sich allerdings die Bürger\_innen aller Staaten, dass der Schutz der Außengrenzen der Gemeinschaft in erster Linie Aufgabe der EU sei.

Die Flüchtlingsfrage entzweit nicht nur die EU-Staaten, sie polarisiert auch die Bürgerschaft innerhalb der einzelnen Länder. Seinen Ausdruck findet diese Polarisierung in dem Erstarken nationalistischer, meist rechtsgerichteter Kräfte. In manchen Ländern schreiben die Wahlberechtigten den rechtspopulistischen Parteien in der Migrationspolitik die höchste Kompetenz zu. Da diese Themen heute eine stärkere Rolle spielen als noch vor fünf Jahren, dürfte sich dies bei der anstehenden Europawahl in Stimmengewinnen für rechte, meist europakritische Parteien ausdrücken. Dies dürfte es der Gemeinschaft noch schwerer machen als heute schon, in wichtigen außenpolitischen Fragen aber auch bei innereuropäischen Streitpunkten einen gemeinsamen Standpunkt zu finden. Die demokratischen Parteien haben es aber in der Hand, den Stimmenzufluss an rechte, EU-feindliche Parteien einzudämmen, indem sie auf die Vorteile und Chancen der Mitgliedschaft in der EU verweisen – Vorteile, die auch von einer großen Mehrheit der europäischen Bürger\_innen anerkannt werden. Sie müssen aber auch Lösungen für die Probleme anbieten, die ihre Wähler\_innen in der EU wahrnehmen. Dazu gehören etwa das wahrgenommene Defizit an Gerechtigkeit und der als unzureichend erachtete Einsatz für die Rechte der Arbeitnehmer\_innen.

# Anlage der Studie

Die Erhebung ist als repräsentative Onlinebefragung angelegt. Onlinebefragungen haben den Vorteil, dass ansonsten schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen – junge Männer, untere soziale Schichten – heute deutlich besser erreichbar sind als mit anderen Verfahren. Dieses Verfahren ermöglicht bei vergleichbaren Kosten deutlich höhere Fallzahlen, einen umfangreicheren Fragenkatalog und die Möglichkeit für komplexere Fragestellungen.

Insgesamt wurden 12.500 Wahlberechtigte in elf Ländern befragt – 2.500 in Deutschland und je 1.000 in Frankreich, Italien, den Niederlanden, Schweden, Spanien, der Slowakei und Tschechien sowie erstmals auch in Polen, Rumänien und Ungarn. Die Befragten wurden per Quotenauswahl nach Alter, Geschlecht und Region so rekrutiert, dass die einzelnen Stichproben in ihrer soziodemografischen Struktur repräsentativ für die jeweilige Gesamtbevölkerung sind.

Um gleichwohl unvermeidliche Verzerrungen aufgrund unterschiedlicher Teilnahmebereitschaft auszugleichen, wurden die Ergebnisse abschließend nach Alter, Geschlecht und Region gewichtet. Diese Gewichtung erfolgte auf der Basis der Daten der aktuellen amtlichen Statistik des jeweiligen Landes. Durch Schwierigkeiten bei der Erreichbarkeit von Landbewohner\_innen und weniger Gebildeten im Falle Polens wurden die Daten zusätzlich anhand der Ergebnisse der letzten Parlamentswahl nachgewichtet, um auch die politische Repräsentativität sicherzustellen.

Die Interviews der ersten Studie fanden von Anfang September bis 12. Dezember 2015 statt, die der zweiten Welle zwischen dem 5. Mai und dem 10. Juni 2017. Für die vorliegende Studie wurden die Befragungen zwischen dem 28. November und dem 7. Dezember 2018, also eineinhalb Jahre nach der letzten Untersuchung, durchgeführt.

## **IMPRESSUM**

© 2019

### **Friedrich-Ebert-Stiftung**

Herausgeber: Abteilung Internationaler Dialog  
Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin, Deutschland

[www.fes.de/ipa](http://www.fes.de/ipa)

Bestellungen/Kontakt: [info.ipa@fes.de](mailto:info.ipa@fes.de)

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich:  
Dr. Michael Bröning, Referatsleiter Internationale Politikanalyse

Redaktion:

Arne Schildberg, Referent für Europapolitik

Christopher Gatz, Referent für Europapolitik

**ISBN: 978-3-96250-307-9**

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten  
sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien  
ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Front cover: birdys/photocase  
Design/Typesetting: pertext, Berlin

